

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 62.

Dienstag, den 15. März 1910.

17. Jahrg.

Hierzu eine Beilage.

Das Laienrichtertum in der Strafrechtspflege.

1.

Bei der gegenwärtig die Justizkommission des Reichstages beschaffenden Strafrechtsreform spielt die Frage der Mitwirkung beziehungsweise der erweiterten Mitwirkung von Laien in der Strafrechtspflege eine hervorragende Rolle. Diese Frage hat eine erhebliche politische Bedeutung. Wenn nach des Rechtslehrers Klingsmann Erklärung die Verfassung ein Symptom für die politische Reife eines Volkes ist — was nicht bestritten werden kann — so kommt dabei das Laienrichtertum in erster Linie in Betracht. Die Frage ist im Grunde genommen die: Soll die Herrschaft des gelehrten Berufsrichtertums in der Rechtsprechung bestehen bleiben, oder sollen wir wieder zu einer wahrhaft volkstümlichen Rechtsprechung, zu einer Volksgerechtigkeitsbarkeits gelangen. Denn diese Gerichtbarkeit hat einst bestanden; sie war eines der hervorragendsten Kriterien, besonders der germanischen Völkerstämme. Nach altheidischem Recht hatte jeder freie Mann Anspruch darauf, wenn er eines Vergehens beschuldigt war, vor einem Gericht seiner Volksgenossen sich zu verantworten, von ihm abgeurteilt zu werden. Die spätere (im Mittelalter entstandene) Schöffengericht hat ihre Wurzel in den alten Volksgerichten; sie beruhte gewissermaßen auf einem Repräsentativsystem, denn die Schöffengerichte waren eine Repräsentation der Volksgerichte; aus dem Volke gewählte Männer, von denen vorausgesetzt wurde, daß sie die erfahrensten und kundigsten seien, unterschieden im Namen und an der Stelle des Volkes über die Tatfrage und die Rechtsfrage. Mit der Vernichtung der Volksherrschaft durch den monarchischen Absolutismus fiel auch die Volksgerichtsbarkeit. An deren Stelle trat die Rechtsprechung durch ein gelehrtes Richteramt im Rahmen einer besonderen Gerichtsorganisation, wie sie schon im alten Rom bestanden hatte. Dieses Richteramt und diese Gerichtsorganisation wurde eine der festesten Stützen des absolutistischen Regimes; Recht und Gerechtigkeit wurden diesem Regime zum Opfer gebracht im Inquisitionsprozeß; das Inquisitionsrichteramt als integrierender Teil des Absolutismus war das gewissenloseste aller Zeiten.

Die große französische Revolution setzte den Absolutismus und mit ihm die seinem Wesen entsprungene Gerichtsverfassung hinweg. Ihre Prinzipien gebaren die Jury, das Geschworenengericht, das sowohl die Unabhängigkeit der Rechtsprechung von der Verwaltung als auch die Betätigung des Volkes an der Rechtsprechung gewährleisten sollte. Von Frankreich aus ging im neunzehnten Jahrhundert die Idee dieser Gerichtsform in die verfassungsrechtlichen Anschauungen des deutschen Liberalismus über. Dieser nahm die Forderung des Geschworenengerichts in sein verfassungsrechtliches Programm auf, das sich kurz zusammenfassen läßt in den Satz: Schaffung der konstitutionellen, repräsentativen Regierungsform unter Trennung der drei staatlichen Gewalten Gesetzgebung, Rechtsprechung und Verwaltung sowie der Teilnahme des Volkes an der Ausübung jeder dieser drei Gewalten. Wie das ganze Programm des Liberalismus, so bekämpften die reaktionären Regierungen insbesondere auch die Forderung des Geschworenengerichts mit größter Entschiedenheit. Wie für diese Forderung, so machten auch gegen sie politische Motive sich geltend. Denn als politisches Institut, als Schutz der bürgerlichen Freiheit gegenüber der Staatsgewalt war das Geschworenengericht vom Liberalismus gedacht, um so mehr, als diese Gewalt in dem inquisitorischen Prozeßsystem das Werkzeug hatte, allen freihheitlichen Bestrebungen mit willkürlich ins Werk gesetzten politischen Projekten zu begegnen. Bis zum Jahre 1848 kämpfte der Liberalismus vergeblich um die Anerkennung und Durchführung seiner Prinzipien. Erst der Revolutionssturm jenes Jahres brachte dem deutschen Volk das Schwurgericht. Die von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossene Reichsverfassung nahm es unter die „Grundrechte des deutschen Volkes“ auf und die meisten Einzelstaaten sagten dann seine Einführung in den neuen Verfassungen zu. Ablehnend verhielten sich zunächst noch die Hansestädte. Von der nach dem Jahre 1849 wieder sehr stark einsetzenden Reaktion wurde natürlich auch das von den meisten Regierungen nur höchst widerwillig gewährte neue Gerichtsinstitut, das Geschworenengericht, getroffen. In Sachsen wurde es bereits 1850 wieder beseitigt und in andern Staaten, so in Preußen 1852 und in Hannover 1855, entzog man wenigstens die politischen Prozesse seiner Kompetenz.

Im Gegensatz zu der Tatsache, daß das Schwurgericht die Errungenschaft eines jahrzehntelangen politischen Kampfes, vollzog sich die Einführung einer andern Form des Laienrichtertums, des Schöffengerichts, für die Aburteilung kleiner bezw. der kleinsten und mittleren Strafsachen ganz unabhängig vom politischen Kampf und kaum beachtet von der öffentlichen Meinung. Für seine Einführung in das deutsche Rechtsleben waren lediglich oder doch vorwiegend unpolitische, rein projekttechnische Erwägungen bestimmend. Man wollte durch Inziehung von Laien zur Polizeistrafrechtspflege dem im Volke sich eingewurzelt und durchaus begründeten Mißtrauen gegen die Rechtsprechung des polizeilichen Einzelrichters begegnen. Nachdem 1850 zuerst Hannover das Schöffengericht für die kleinsten Strafsachen eingeführt hatte, folgten andere Einzelstaaten diesem Beispiel. Württemberg und Sachsen erstreckten die schöffengerichtliche Kompetenz auch auf die mittleren Strafsachen. Dieses Beispiel zettelte den Gedanken, da zwischen den mittleren und den schwersten Straftaten ein qualitativer Unterschied nicht bestehe, auch die dem Schwurgericht zugewiesenen Strafsachen der Aburteilung durch die Schöffengerichte zu unterwerfen. Im Jahre 1863 forderte der sächsische Generalkaassanwalt v. Schwarze, als Sachsen vor die Frage der Wiedereinführung des Schwurgerichts gestellt war, geradezu die Ersetzung des Schwurgerichts durch das Schöffengericht. Der darüber entstandene Streit hat seine Entscheidung noch nicht gefunden, in den Jahren vielmehr eine erhebliche Verschärfung erfahren. In dem Schöffengericht ist dem Schwurgericht ein Gegner entstanden.

Politische Rundschau

Deutschland.

Aus dem Reichstage.

Weil im Reichstage der Etat des Reichskanzlers auf der Tagesordnung steht, hatte Herr von Bethmann-Hollweg nicht unhin gekommt, das Haus mit seiner Anwesenheit zu beehren. Im Laufe der Sitzung machte er sich sogar durch eine Rede bemerkbar. Lang war sie nicht, enthielt aber zur Abwechslung einmal etwas Positives, nämlich die Ankündigung, daß eine autonome Verfassung für Elsaß-Lothringen, selbstredend längst noch nicht fertig, aber immerhin doch schon im bundesrätlichen Stadium angelangt ist. Näheres über den Inhalt dieser Verfassung zu sagen weigerte sich der tiefe Denker, obwohl zahlreiche Zurufe ihn dringend aufforderten, wenigstens über das Wahlrecht etwas mitzuteilen. Elsaß-Lothringen fordert so gut wie einmütig mindestens das Reichswahlrecht für seine künftige Volksvertretung; in diesem Punkte stimmten die klerikalen Elsäßer mit dem liberalisierenden Lothringer Gregoire und mit unseren beiden Fraktionsrednern Böhle und Emmel überein und nur der in den Reichslanden gewählte Reichsparteiler Höffel, übrigens eines der am wenigsten scharfmacherisch gesinnten Mitglieder seiner Fraktion, erhob schlichteren Einspruch. Ziemlich energisch trat auch der Nationalliberale Hieber für dies Wahlrecht ein; als Württemberger weiß er, daß er nicht preussische Wege wandeln darf, wenn er nicht sein Mandat sicher verlieren will. Eine sehr gute und sehr gedankenreiche Rede hielt Herr Naumann, während der badische Expräsident Fehrenbach das Kunststück fertig brachte, die reichsländische Regierung — man höre und staune! — wegen angeblicher Begünstigung der Sozialdemokratie dem Reichskanzler zu demütigen. Die klerikalen Elsäßer leisteten sich, ähnliche Kunststücke und bezogen dafür von den Genossen Böhle und Emmel kräftige Abfuhren. Unsere Fraktionsredner wiesen jene Vergangenheitsromantik von sich, betonten aber um so nachdrücklicher, daß die Brussifizierungspolitik das unheilbarste Mittel ist, um die Klüft zwischen den Reichslanden und dem übrigen Deutschland, statt sie zu schließen, immer weiter aufzureißen.

Die ausdrücklich vorweggenommene Behandlung der elsass-lothringischen Frage füllte den größeren Teil der Sitzung aus. Die sogenannte allgemeine Debatte über den Kanzleretat litt unter der vorgerückten Stunde; sie brachte nicht unbegründete Klagen der Polen und Dänen über die offizielle Chauvinistenpolitik und eine im allgemeinen recht gute Rede Konrad Haußmanns, eines der wenigen relativ demokratischen Neufortschrittlers, der u. a. den Widerstand des Flottenweirückens darlegte und sich von der Heckscherbegeisterung für die Mannesmannerei unangekettelt zeigte. Am Dienstag bei der Beratung des Auswärtigen Amtes dürfte die Mannesmann-Affäre einen breiten Raum in den Verhandlungen einnehmen.

Die Budgetkommission des Reichstages erledigte am Sonnabend den Etat des Auswärtigen Amtes. Die Beratung wurde bei dem Geheimfonds fortgesetzt. Genosse David verlangte die Beseitigung des

Fonds, man solle eine offene und ehrliche Politik treiben. Bei der Abstimmung wurde die geforderte höhere Summe von 1 300 000 Mk. abgelehnt und der bisherige Betrag von 1 000 000 Mk. bewilligt. Für die höhere Summe stimmten außer den Konservativen und Nationalliberalen, auch zwei Mitglieder des Zentrums. Aber die Zustände in Abyssinien entspann sich eine lange Debatte, die aber zum allergrößten Teil für vertraulich erklärt wurde.

Die zweite Lesung der preussischen Wahlrechtsvorlage beendet.

Das Abgeordnetenhaus führte am Montag in einer kaum fünfstündigen Sitzung die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage zu Ende und nach einer Erholungsperiode am Dienstag soll die Vorlage auch gleich in dritter Lesung verabschiedet werden, damit die verfassungsmäßige Frist von 21 Tagen, die bei jeder Verfassungsänderung vorgeschrieben ist, in die Osterferien fällt. Die ultramontan-konservative Mehrheit will eben auf jeden Fall möglichst schnell die Vorlage unter Dach und Fach bringen, damit irgend etwas, und wenn es noch so schlecht ist, zustande kommt und damit Ruhe im Volke eintritt. Es wird Aufgabe unserer Parteigenossen sein, dafür zu sorgen, daß mit der Verabschiedung dieser gänzlich unzureichenden Vorlage erst recht der Kampf um ein freies Wahlrecht in Preußen beginnt. Hatte es am Sonnabend den Anschein gehabt, als ob die Nationalliberalen unzufrieden wären, so hatte sich über den Sonntag die Stimmung geändert. Einmal ist den Abgeordneten in einer Zentralvorstandssitzung der Rücken gesteuert worden und dann sind Konservative und Zentrum nicht, aber auch garnicht gewillt, auch nur die kleinste Konzession zu machen. Selbst eine so bescheidene nationalliberale Forderung, wie die, daß die Auslegung der Abteilungslisten nicht in Privaträumen erfolgen darf, wenn in dem Stimbezirk behördliche Räume vorhanden sind, wurde von der Mehrheit niedergestimmt. Dadurch ist es den Nationalliberalen sehr leicht gemacht, fest zu bleiben, wobei immer noch nicht das letzte Wort gesprochen ist. Der Dienstag wird zu Verhandlungen hinter den Kulissen benutzt werden und es wird sich erst in der dritten Lesung zeigen, ob die Nationalliberalen ihres Liberalismus bei der Wahlrechtsvorlage eingedenkt sein werden oder nicht. Nach den Kommissionsbeschlüssen darf der Wahlmann nur aus der ganzen Gemeinde gewählt werden. Stimbezirk und Gemeindebezirk ist auf dem Lande in der Regel dasselbe und dieses Zustandnis ist daher für die oppositionellen Parteien ganz wertlos. Sie verlangten deshalb, daß aus dem ganzen Stadt- oder Landkreis die Wahlmänner genommen werden könnten. Hier zeigte sich wieder einmal die Selbstlosigkeit der Rechten in bengalischer Beleuchtung. Herr v. Richthofen erklärte, die Konservativen würden das ganze Gesetz ablehnen, wenn hier über die Kommissionsbeschlüsse hinausgegangen würde. Daraus zog das Zentrum nun aber nicht die für eine Volkspartei einzig mögliche Forderung, mit der Linken zusammen die Vorlage freihändig auszugestalten, sondern es gehorchte auch hier dem konservativen Wink und machte der Opposition, zu der es in machen Gegenden noch selbst gehört, die Ausübung des Wahlrechts fast unmöglich. Die Reden unseres Genossen Ströbel und des Volksparteilers Dr. Bachnick verhallten ungehört, da die Mehrheit auf Gründe garnicht hören will. Da, wo es ihr in den Kram paßt aber ändert sie die Kommissionsbeschlüsse grundstürzend um. Es kann nicht scharf genug gebrandmarkt werden, daß die einzige Abänderung, die von der Kommissionsfassung beschlossen wurde, eine bedeutende Verschlechterung der an sich schon mehr als schlechten Kommissionsbeschlüsse war. Die Kommission hatte nämlich allgemein die Fristwahl beschlossen. Der Rechten liegt aber auf dem Lande viel an der Terminwahl, weil da die Wähler zur bestimmten Stunde antreten müssen und weil damit die Kontrolle der Wahl durch die Gutsinspektoren natürlich ungemein erleichtert wird. Der Wunsch der Konservativen ist dem Zentrum Befehl und so brachte es schleunigst einen Antrag ein, wonach in Gemeinden bis zu 3000 Seelen neben der Fristwahl auch die Terminwahl zulässig sein soll. Die Regierung, die in der ganzen Sitzung nicht den Mund aufgemacht hatte, beistimmte hier, wo es einen konservativen Wunsch zu erfüllen galt, schleunigst zu versichern, daß sie mit dem Zentrumsantrage vollkommen einverstanden sei. Und zwar gab diese Erklärung der geistige Vater dieser Wahlrechtsvorlage, Herr v. Falkenhayn, selbst ab. Vergeblich wies unser Genosse Leinert auf den Terrorismus der Konservativen hin, der durch die Terminwahl begünstigt wird, vergeblich auch die treffenden Ausführungen des Volksparteilers Hoff, die die Terminwahl wurde beschlossen. Nachdem das Zentrum somit die direkte Wahl und die gleiche Wahl preisgegeben hatte, gab es nun bei dem § 21 auch noch die geheime Wahl preis. Es stimmte gegen die Anträge der Linken, die die geheime Abgeordnetenwahl durch die Wahl

männer verlangten. Hier waren es Genosse Ströbel und der Volksparteiler Kopsch, die den Wahlrechtsvertrag des Zentrums mit den schärfsten Worten brandmarkten. Den Gipfel seines Volkswerrats erreichte das Zentrum, als es den freisinnigen Antrag auf Schluß des Wahlgeheimnisses durch ähnliche Bestimmungen, wie sie im Reich bestehen, ablehnte. Nur in Form einer Resolution, nach der sich niemand zu richten braucht, der das Wahlgeheimnis nicht schätzen will, ließ es sich zu dieser unheimlich ungeschicklichen Konzeption herbei. Genosse Klebke hat sich dem Zentrum auch nichts, das sein eigenes Programm so mit Füßen tritt.

Die Petitionskommission des Reichstages

Überwies einen Antrag des Vereins deutscher Straßenbahn- und Kleinbahn-Verwaltungen als Material an die Reichskanzlei. Das Vorgehen der Petenten richtet sich gegen eine Ausdehnung der Straßenbahnhastpflicht auf Sachschäden, wie der Verband deutscher Lohnfuhrunternehmer wiederholt es von dem Gesetzgeber verlangte. Die Überweisung geschah einstimmig zu dem Zwecke, der Regierung eine Prüfung zu ermöglichen inwiefern die Angaben der beiden streitenden Parteien über die vorgetragene Tatsache berechtigt sind. Die Straßenbahner berufen sich gegen die Zusammenfüße; von letzteren kämen im Gesamtdurchschnitt 60,6 Proz. auf das Verschulden der fremden Lohnkutscher und nur 11,4 Prozent auf jenes der Straßenbahnführer; das Schuldverhältnis der ersteren wachse, während bei den Straßenbahnen eine Besserung eintrete. Der Wunsch der Lohnfuhrunternehmer, der bereits durch eine Petition dem Reichskanzler überwiesen und auf eine Schadenschuld der Straßenbahnen für Sachbeschädigung gerichtet ist, würde ein wirtschaftlich schwer schädigendes Ausnahmefest für den Straßenbahnbetrieb schaffen und nur das Sonderinteresse einer einzelnen gewerbetreibenden Klasse fördern. Die Straßenbahnunternehmer würden durch die gerichtliche Auslegung der Haftpflicht heute schon bei Bahnunfällen schwer herangezogen; deshalb hätten sich die Versicherungsprämien zuletzt zu der enormen Höhe von 35 Prozent der Brutto-Einnehme gesteigert.

Die Reichsversicherungsordnung.

Der dem Reichstag zugegangene Entwurf der Reichsversicherungsordnung umfaßt nicht weniger als 1754 Paragraphen. Das ganze Werk ist in 6 Bücher eingeteilt: Gemeinsame Vorschriften, Krankenversicherung, Unfallversicherung, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung, Beziehungen der Versicherungsträger zu einander und zu anderen Verpflichteten und Verfahren. Die Grundlage der Organisation sind die Versicherungsämter. Über diesen, deren Zahl etwa tausend beträgt, stehen die Oberversicherungsämter.

Die Krankenversicherung wird ausgedehnt auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Hausgewerbetreibenden und die Dienstboten. Die Gemeindegemeinschaften werden völlig in Wegfall. Die Krankenkassen werden den Betriebskrankenkassen eingereiht. Die Betriebskrankenkassen bleiben bestehen, neue solche Kassen dürfen aber nur für Betriebe mit mindestens 500 Versicherungspflichtigen errichtet werden. Für die Binnenschifffahrt ist eine Ausnahme vorgesehen. Das Verhältnis der jetzigen eingeschriebenen Hilfskassen wird in einem besonderen Gesetz, das dem Reichstag demnächst zugehen wird, neu geregelt. Die Beiträge zu den Krankenkassen werden halbiert. Arbeitgeber und Arbeitnehmer erhalten das gleiche Stimmrecht. Erweist sich die Wahl eines Vorstandes mit Stimmenmehrheit als unmöglich, so bestellt das Versicherungsamt einen Vertreter, der die Kasse auf ihre Kosten verwaltet. Die freie Arztwahl wird den Krankenkassen nicht vorgeschrieben. Doch bestehen bestimmte Vorschriften, durch die Streitigkeiten erledigt werden sollen. Die Vorschriften über Unfallversicherungen werden wesentlich vereinfacht. In dem Betrieb der Berufsgenossenschaften haben die Versicherten auch fernerhin nichts hinzuzusetzen. Die Herabsetzung des Lebensalters für die Gewährung der Altersrente wurde abgelehnt. Um höhere Renten erzielen zu können, wird eine freiwillige Zusatzversicherung eingeführt.

Die Witwen- und Waisenversicherung erstreckt sich auf die Hinterbliebenen aller gegen Invalidität versicherten Personen und gewährt Witwen-, sowie Waisenrenten, Wittwengeld und Waisenaussteuer. Die Hinterbliebenenbezüge setzen sich zusammen aus einem festen Reichszuschuß in Höhe von 50 Mk. für jede Witwen- und 25 Mk. für jede Waisenrente. Und nach den geleisteten Beiträgen in Lohnklasse 4 würde nach 1500 Beitragswochen zu zahlen sein

Invalidentrente 290,40 Mk.
Witwenrente 122,40 "
Waisenrente
für ein Kind 61,20

Schließlich werden dann noch Vorschriften über das Verfahren bei Streitigkeiten festgelegt.

Adel verpflichtet.

Die Gemeinde Mieschowitz in Oberschlesien, ein Ort, der rund 6000 Einwohner zählt, leidet seit längerer Zeit unter außerordentlich gesteigerten Kommunalsteuern. Das liegt lediglich daran, daß das Rittergut Mieschowitz einen eigenen Gutsbezirk bildet und deshalb zu den Lasten der Gemeinde nichts beizutragen hat. In einem Flugblatt wenden sich die Hausbesitzer des Ortes an ihre Mieter und begründen eine Erhöhung der Wohnungsmiete um 10 Prozent. Man kann diese Hausbesitzer nicht etwa als Hausagrarier bezeichnen, denn es sind zumeist Bergarbeiter, die sich dort ein Häuschen gebaut haben und gemietet sind, davon abzuvermieten. Sie sagen auch in dem Flugblatt:

Es fällt uns ja sehr schwer, insbesondere bei dem jetzigen wirtschaftlichen Niedergange die Wohnungsmieten zu erhöhen, zumal wir selbst meistens dem Arbeiterstande angehören und dessen Leiden am eigenen Leibe spüren; wir müssen es indessen tun, weil wir uns sonst selbst ruinieren würden. Für unsere verehrten Wohnungsmieter fällt die Erhöhung der Wohnungsmiete insbesondere ins Gewicht, weil unsere Steuern (40 Proz.) außerordentlich hohe sind.

Es gibt nur ein einziges Mittel, unsere Steuerlasten herabzusetzen, und dies ist die Eingemeindung des Gutsbezirks, welcher Millionen-Gewinne erzielt und uns die

Lasten tragen läßt. Eine glückliche Eingemeindung dieserhalb mit dem Herrn Grafen v. Tiele-Winkler war ergebnislos, weshalb wir im August 1908 eine Klage beim Kreisaußschuß auf Eingemeindung eingereicht hatten, worauf die Gemeinde bisher ohne jede Nachricht ist."

Es wird dann hervorgehoben, daß die Gemeinde-Steuerzuschläge im Jahre 1910 600 Proz. erreichen werden, und dann schließt das Flugblatt:

Wir wünschen, daß unser hochgeborener Herr Graf in Anbetracht dieser betrübenden Zustände von seiner Herzverhärtung genesen und sich erinnern möge, daß wir und unsere Groveltern als seine Landesknechte sein Haus, seine Millionen und Schätze mit unserer schwelgenden Hand und durch Hergabe unserer billigen Bergarbeiterhände aufzubauen rechtlich geholfen haben."

Dieses Flugblatt enthält Zustände, die in der Tat als unhaltbar bezeichnet werden müssen. Graf v. Tiele-Winkler ist in einem großen Distrikt Oberschlesiens in gewisser Sinne unumschränkter Herrscher, er hat auch schon mehr als einmal in unliebbarer Weise von sich reden gemacht. Ein Mann, der über viele Millionen verfügt, der als einer der reichsten Industriemagnaten Oberschlesiens gilt, steht ruhig zu, wie eine kleine Bergarbeitergemeinde unter der Last der Gemeindesteuern geradezu erdrückt wird.

Preussische Kultur.

Das in Königs- hütte D.-Schl. erscheinende Zentrumorgan „Der oberschlesische Kurier“ (vom 11. 3. 10) veröffentlicht in lakonischer Kürze nachstehende Notiz:

„Beamten schuß. Gummiknüppel für ihre Beamten — 40 Ztm. lang und 3 Ztm. dick — lassen die kgl. Greisverwaltungen als Verteidigungswaffe gegen etwaige Angriffe anschaffen und geben dieselben zum Einkaufspreis an die Beamten ab.“

Also königlich preussische Gummiknäppel sollen die Werkzeugzeuge sein, die der berühmten preussischen Kultur in Oberschlesien Eingang verschaffen sollen.

Die Vorlage des neuen französischen Zolltarifs

ist jetzt im Druck erschienen und bestätigt die schlimmsten Befürchtungen. Der Deutsch-französische Wirtschaftsverein macht über sie folgende vorläufige Mitteilungen:

Was die Deutschland interessierenden Artikel anlangt, so sind allerdings einige Ermäßigungen vorgenommen worden. So ist der jetzt geltende Zollsatz von 9 Fr. für Bier aufrechterhalten worden, während die Deputiertenkammer (unter Spezialisierung zumgunsten des deutschen Produktes) Zollsätze von 12,75 und 14 Fr. eingesetzt hatte. Für Zinnfolien (unter 750 Gramm der Quadratmeter) ist der seitens der Deputiertenkammer von 6 auf 20 Fr. erhöhte Zoll wenigstens auf 15 Fr. ermäßigt worden. Für Jogenannte falsche Bijouterien, deren Zölle von 200 und 100 Fr. die Deputiertenkammer auf 300 und 150 Fr. erhöht hatte, ist eine Mittellinie von 250 und 125 Fr. festgesetzt worden. Für Specksteindrehener ist der von der Deputiertenkammer angenommene prohibitive Zollsatz von 15 Ets. pro Stück auf 10 Ets. ermäßigt (dafür freilich der für Kerzen mit Isolierstücken aus Steatit noch auf 20 Ets. erhöht) worden. Für Präzisions-Instrumente (Manometer, Thermometer, Barometer, Elektrizitätszähler usw. (bisher zollfrei) ist der von der Kammer angenommene enorme Zollsatz von 500 Fr. wenigstens auf 300 Fr. und der von der Deputiertenkammer von 30 auf 50 Fr. erhöhte Zollsatz für Zinngeschirr (worunter zum Beispiel auch die in großer Menge aus Deutschland exportierten Löffel, Bestecke aus Britanniametall fallen), auf 40 Fr. herabgesetzt worden. Dagegen ist aber für alle mechanischen Spielwaren (mit Uhrwerken, elektrischen oder Dampftrieb) der Eingangszoll sogar auf den prohibitiven Satz von 125 Fr. erhöht worden, da gerade diese Gruppe „Spielwaren“ die Hälfte bis drei Viertel des ganzen Nürnberger Spielwarexportes ausmacht, so bedeutet in diesem Punkte der Beschluß der Senatskommission eine verhängsvolle Schädigung der deutschen Interessen.

Ferner sind für Spiralschneider, welche bisher dem niedrigen Zollsatz der „Werkzeuge aus Stahl oder gestähltem Schmiedeeisen“ in Höhe von 22 Fr. unterlagen, die von der Deputiertenkammer eingesetzten Zollsätze von 50, 100 und 150 Fr. (je nach dem Durchmesser) verdrängt worden: auf 150, 300 und 400 Fr. Der von der Deputiertenkammer von 4 auf 6 Fr. erhöhte Zollsatz für Hohlglas, einfarbig und in der Masse gefärbt, ist für Reflektoren, Glöckchen, Tulpfen und dergleichen Artikel zu Beleuchtungszwecken auf den Zollsatz der „Gläser und Zylinder für Beleuchtungszwecke“ in Höhe von 9 Fr. heraufgesetzt worden. Der seitens der Deputiertenkammer von 13 auf 14 Fr. erhöhte Zoll für halbfeststehende Dampfmaschinen ist auf 16 Fr. erhöht, der für schwerste Werkzeugmaschinen über 15 Tonnen Gewicht von 10 auf 12 Fr., für Sensen (bisher 12 Fr.) von 25 auf 30 Fr., für Schraubstöcke unter 1 Kilogramm Gewicht (bisher 22 Fr.) von 35 auf 45 Fr. usw.

In einigen Fällen läßt sich die Bedeutung der eingetretene Änderung noch nicht genau beurteilen; so wenn der seitens der Kammer von 10 auf 17 und 25 Fr. erhöhte Zollsatz für gewöhnliche und feine Tapeten auf einen einheitlichen Zoll von 20 Fr. zusammengezogen oder umgekehrt der von 125 auf 140 Fr. erhöhte Gewichtszoll für Weckeruhren auf 1,25 und 1,40 Fr. für das Stück (je nach dem Gewicht unter oder über 250 Gramm) spezialisiert worden ist. Insgesamt aber dürften die vorgenommenen weiteren Zollerhöhungen die Ermäßigungen an Bedeutung überwiegen, während die für wichtige deutsche Ausfuhrartikel nach Frankreich von der Deputiertenkammer beschlossenen hohen Zollsätze meistens aufrecht erhalten worden sind.

„Bagabunden erteilen wir nicht das Wort!“

Das war die Antwort des „hochgebildeten“ Dortmunder Zentrumsführers Lenjing auf die Wortmeldung unseres Genossen Parteisekretär Klupsch in einer großen Zentrumsversammlung, in welcher der Zentrumsabgeordnete Herold das Zentrum wegen seines Volkswerrats bei der Finanzreform zu rechtfertigen suchte. Genosse Klupsch strengte wegen dieser Beleidigung gegen Lenjing Klage

an, die vor dem Dortmunder Schöffengericht zur Verhandlung stand. Die Äußerung Lenjings wurde durch Zeugen erwiesen, und seine Bestrafung war gewiss. Er reichte jedoch eine Anzahl Widerklagen ein, so daß die Verhandlung verlagert werden mußte. Die Widerklagen beziehen sich auf sozialdemokratische Flugblätter während des Stadtverordnetenwahlkampfes, ferner auf eine Erklärung Klupsch gegen die Landtagsrede Gronowski. Es ist also Aussicht vorhanden, daß die Zentrumschwandelen über die Dortmunder Landtagswahl gerichtliche Aufklärung erfahren.

Welch verdrehte Nadel übrigens dieser Lenjing ist, dafür noch ein Beispiel: In einer Dortmunder Versammlung, die der Genosse Klupsch leitete, soll ein Versammlungsteilnehmer den Lenjing beschimpft haben. Für diese angebliche Äußerung eines Dritten macht Lenjing Genossen Klupsch verantwortlich. Dadurch, daß Klupsch die Äußerung nicht verhindert, habe er sie gebilligt und sich selbst einer Beleidigung Lenjings schuldig gemacht. Tatsächlich hat Lenjing deswegen geklagt.

Der neugierige Landrat.

Die „Northheimer Neuesten Nachrichten“ teilen folgenden mit:

Eine Anfrage. Dem Verlag der „Northheimer Neuesten Nachrichten“ ist zur Kenntnis gekommen, daß auf Veranlassung des Herrn Landrats in den Ortschaften des Kreises durch amtliche Organe festgestellt wird, wieviel „N. N.“ abonniert sind und von wem sie gelesen werden. In Vollstreckung zum Beispiel war es der Herr Gendarmeriewachmeister Runge, der in seiner Eigenschaft als Polizeibeamter des Kreises Northheim unseren Boten danach befragte. Wir richteten an Herrn Geheimrat Landrat Kricheldorf die öffentliche Anfrage, zu welchem Zweck die Nachforschungen angestellt wurden, und bitten zur Beruhigung unserer Leser um Auskunft.

Bemerkt sei, daß die „Northheimer Neuesten Nachr.“ ein nationalliberales Blatt sind.

Rumänien.

Lockspiegelarbeit. Man schreibt dem „Vorw.“ aus Bukarest: Am 22. Dezember wurde, wie damals berichtet, ein Attentat gegen den rumänischen Premierminister verübt. Die Regierung und ihre Agenten (im Auslande die Gesandtschaften) suchten die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen dadurch zu verächtlichen, daß sie die Behauptung verbreiteten, das Attentat sei von der Arbeiterschaft organisiert. Außerdem wollte die Regierung aber noch ein Gesetz gegen Streikveruche und das Koalitionsrecht der Staatsarbeiter durchbringen. Dafür sollte ein Attentat Stimmung machen. Lockspiegel gibt es nun genug in Rumänien — einige Tausend — und diese Leute brauchen auch Arbeit. Es wurde also das Attentat von der Geheimpolizei organisiert und, wie man weiß, auch ausgeführt. Die Arbeiter blieben aber auch nicht untätig und leisteten ihrerseits eine streng geheime Untersuchung ein. Es gelang einigen in Paris befindlichen Genossen den Hauptorganisator des Attentates, besser gesagt, den Chef der Lockspiegel, zu dem Geständnis zu bringen, daß das Attentat von der Geheimpolizei organisiert worden ist. Als der Lockspiegel erkannt hatte, wem er seine vertraulichen Mitteilungen gemacht hatte, drohte er, den Genossen zu töten, wenn er von dem Geständnis Gebrauch machte, was natürlich die Veröffentlichung nicht im mindesten hindert hat. Man sieht, die Infamien der rumänischen Polizeiwirtschaft stehen der russischen nicht nach.

Aus Lübeck und Nachbargebieten.

Dienstag, den 15. März.

Achtung, Stukkateure und Hilfsarbeiter! Wegen Differenzen ist die Firma Fr. Faber, Lübeck, für Stukkateure und Hilfsarbeiter gesperrt.

Achtung, Maurer und Bauhilfsarbeiter! über die Bauten der Firma Lorkuhl in Rükenth (Zwischenmeister Müdel und Behrens) ist die Sperre verhängt worden. Kein organisierter Maurer und Bauhilfsarbeiter darf dort Arbeit annehmen.

Trinkt kein Lützenburger Bier und Schnaps! Weil sich die Brauereiarbeiter der Firma D. H. Völl, Lützenburg, organisiert, wurden sie ausgesperrt. Arbeiter meidet das Bier und den Schnaps des Herrn D. H. Völl, Lützenburg.

Eine öffentliche Protestversammlung der Staats- und Gemeindefabrikanten Lübeck tagte am Sonntagmittag im Gewerkschaftshaus. Gegenstand des Protestes bildete die Antwort des Senats auf die am 1. April 1909 eingelangte Eingabe, worin 1. die Wünsche der Arbeiter der verschiedenen Betriebe des näheren präzisiert waren, und 2. die vom Senat ausgearbeitete Vorlage der Ruhelohnkasse. Der Referent, Kollege Vohr, wies in seinen Ausführungen darauf hin, daß es nicht seine Aufgabe sein könne, als Schlichter aufzutreten. Die Antwort aber, die den Arbeitern auf ihre sehr bescheidene Eingabe zugegangen sei, könne man doch gewiß nicht anders als eine Verhöhnung der Arbeiter bezeichnen. Die Wünsche der Arbeiter von durchweg 20 Pf. täglich Zulage könnten gewiß nicht als unbeschneiden bezeichnet werden. Bedauerlich sei es, daß sie kein Gegenkommen gefunden haben. Wünsche der Beamten würden allerdings von einem anderen Gesichtspunkt aus betrachtet. Wenn wirklich, wie der Senat in der Ablehnung betonte, kein Bedürfnis vorliege die Löhne zu erhöhen, wie käme dann dieselbe Staatsverwaltung dazu einen Antrag einzubringen, die Beamtengehälter zu erhöhen. Redner wies genau nach, daß das an die Bürgerschaft gelangte Senats-Dekret nicht in allen Punkten der Wahrheit entspräche. Würden heute nur Löhne von 1152—1854 Mk. gezahlt, wie sollten denn die Arbeiter wohl ein Verlangen stellen, 1100 Mk. verdienen zu wollen. In der Eingabe, die sämtlichen Bürgerschaftsmitgliedern zugegangen ist, wird doch nur ein Stundenlohn von 38 Pf. gewünscht, würde also einen Jahresverdienst von circa 1100 Mk. machen. Wohl ist von einzelnen Arbeitern ein größerer Jahreslohn erzielt worden, aber man frage nicht wie? Unter den Spezialfällen, die uns bekannt sind, weisen wir auf einen Fall hin, wo ein Arbeiter 1490 Mk. verdient hat und dies bei 38 Pf. Stundenlohn: 389 1/2 Tage im Jahr hat er arbeiten müssen ehe er diesen Lohn verdiente. Ein anderer vom Senat bezeichneter Arbeiter hat 1720 Mk. bei 40 Pf. Stundenlohn verdient; hier sind sogar 4300 Stunden oder 430 Tage gearbeitet worden. Hier zeigt sich so recht, wie der Lübeckische Staat es versteht, seine Arbeiter auszunutzen, um dann nachher mit großen Löhnen zu operieren. Wir können nur die Herren bitten, die im Besitze eines Senatsdekrets sind, sich hieraus ihre Schlüsse zu ziehen.

flüchtiger Betrachtung würden weiter die vom Senat bezeichneten besonderen Vergünstigungen unterzogen. Wenn wirklich vom Staat soziale Einrichtungen geschaffen würden, so sollten sie auch einen diesbezüglichen Namen verdienen. Andere Städte und Gemeinden haben einen andern Begriff von Arbeiterfürsorge und haben nachstehende Vergünstigungen eingeführt: 1) Lohnfortzahlung bei kürzerer Arbeitsunterbrechung; 2) Fortzahlung des Lohnes bei Krankheitsfällen; 3) Fortzahlung des Lohnes bei militärischer Übung; 4) Fortzahlung des Lohnes bei Erfüllung allgemeiner Staatsbürgerpflichten; 5) anständigen Erholungsurlaub; 6) Verforgung alter Arbeiter und deren Hinterbliebenen. Hier zeigt sich aber die ganze Rückständigkeit des Lübeckischen Staates, da man diese Einrichtungen nicht kennen oder nicht kennen wollte. Des weitern wurde die vom Senat eingebrachte Vorlage der Rubelohnkasse einer scharfen Kritik unterzogen. Redner zeigte hier auf Grund der vom Statistischen Amt in Kiel ausgearbeiteten Zahlen nach, wie groß die Belastung sei, die dem Staat hieraus erwachsen würde. Hier ergibt sich aber, daß ein großer Überschuss nach der Senats-Vorlage erzielt würde. (Das Weitere siehe „Volksboten“ Nr. 60, 2. Beilage.) In der Debatte wiesen verschiedene Staatsarbeiter die Berechtigung der gedauerten Wünsche nach. Hervorgehoben wurde, daß man nicht nur für die Beamten eine Aufbesserung der Gehälter für notwendig erachtet hätte, sondern auch den besser bezahlten Arbeitern hätte man 1 bis 3 Pfg. Zulage gegeben. Hier hat sich so richtig gezeigt, wie willkürlich man eben handelt, hat Arbeiter und Arbeiter, die den höchsten Lohn haben, erhalten 3 Pfg. Zulage, andere Arbeiter wieder dagegen nur 2 Pfg., die Plaharbeiter, die einen Lohn von 35 Pfg. die Stunde haben, ist man gnädigst übergegangen. So geschehen heute auf der Gassanfall. Nachstehende Resolution fand einstimmige Annahme:

Die heute am 18. März im „Gewerkschaftshaus“ tagende liberale zahlreich besuchte Versammlung der Staatsarbeiter Lübecks nimmt mit Enttäuschung Kenntnis von der abnehmenden Antwort des Senats auf die im April 1909 eingereichte Eingabe der Arbeiter betreffend die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Die Versammelten sind über diese Abweisung umso mehr empört, als die Gründe, welche für ihre sehr beschiedenen Wünsche maßgebend waren, vom Senat dadurch in nicht Recht — anerkannt wurden, daß die Beamten in Rücksicht auf die immer schwieriger werdenden Existenzbedingungen Gehaltsaufbesserung zugestimmt erhielten. Unter der gleichen wirtschaftlichen Notlage leiden in noch erheblicherem Maße die schlecht entlohnenden Arbeiter mit ihren Familien und erheben die Versammelten daher energisch Protest gegen die durch nichts zu rechtfertigende abweisende Behandlung bezw. Nichtbeachtung der Arbeiterwünsche.

Die Versammelten erheben ferner Einspruch gegen die Art, wie der Senat die oben erwähnte Eingabe der Arbeiter abgelehnt hat; denn die mit in Betracht gezogene Rubelohnkasse kann den Arbeitern nicht über diese mäßige Lage hinweghelfen. Die Arbeiter verwahren sich aufs entschiedenste gegen die Vorlage der Rubelohnkasse wie sie vom Senat eingebracht ist, sie sehen hierin eine weitere Belastung und Erschwerung der Existenzbedingungen.

In der Erwägung, daß die Lebenslage der Staatsarbeiter durch die andauernde Teuerung der Existenzmittel eine unveränderte, unhaltbare ist, und eine Lohnaufbesserung unumgänglich nötig macht, hatten die Versammelten an den aufgestellten Wünschen unbedingt fest und beanspruchen das Bureau der Versammlung, unverzüglich mit den Arbeitervertretern im Rathaus in Verbindung zu treten, um mit deren Unterstützung die baldmöglichste Durchführung der beantragten Verbesserung in den Arbeiterverhältnissen zu erreichen.

Wir wollen Friede, Freiheit, Recht! So lautet das Thema der Volksversammlung, welche morgen, Mittwoch, abend im Gewerkschaftshaus stattfindet. Genosse Klidenbrand, Reichstagsabgeordneter für Stuttgart, wird über vorgenanntes Thema referieren. Es gilt zu protestieren gegen die preussische Wahlrechtschmach und gegen die Verhöhnung des preussischen Volkes. Jeder werktätige Mann Lübecks, der bessere Verhältnisse im Deutschen Reich will, muß in dieser Versammlung erscheinen.

pb. Gestohlene Kleidungsstücke. Aus einem Hause „Am Bahnhof“ wurden in der Zeit vom 10. bis 11. d. M. ein blaues Kostümkleid, ein schwarzer Niederrock, eine weiße Bluse, ein blangestrichelter Rock und ein blauer Kleiderrock gestohlen.

pb. Abhanden gekommen und vermutlich gestohlen ist eine an der Untertrave bei der Werkergrube aufgestellte schottische Karre. Die Karre hat gelbgestrichenes Gestell und rote Räder.

pb. Diebstähle. Aus der Bodenstammer eines Hauses der Wennerstraße sind im Laufe des gestrigen Vormittags 1 neuer Jackentanzug, 1 dunkler Winterbergschier, 1 Paar Schnürstiefel und 1 Handstock gestohlen worden. — In der Nacht vom Sonntag zum Montag sind aus dem Logis der Maschinen des Dampfers „Kuhland“ verschiedene Wäsche- und Kleidungsstücke gestohlen worden.

pb. Festgenommen wurde ein in Malkendorf bediensteter Knecht, welcher sich des Hausfriedensbruchs, Sachbeschädigung und Mißhandlung schuldig gemacht hatte.

Neues Stadttheater. Man schreibt uns: Morgen Mittwoch gelangt bei ermäßigten Mittwochs-Preisen Bahrs erfolgreiches Lustspiel „Das Konzert“, vielseitigen Wünschen entsprechend, zur nachmaligen Aufführung. — Am Donnerstag findet die erste Wiederholung der Operetten-Novität „Der Graf von Luxemburg“, von Lehner statt, welche bei ihrer Premiere am vorigen Sonntag einen durchschlagenden Erfolg zu verzeichnen hatte. — Die Bühnenproben zu dem gewaltigen Musikdrama „Salome“ von Richard Strauss, dessen Aufführung in Lübeck das sensationelle Ereignis der diesjährigen Spielzeit bedeutet, nehmen in den nächsten Tagen ihren Anfang.

Stadttheater-Theater. Man schreibt uns: Am Donnerstags abend 7 1/2 Uhr gelangt Karl Guckows Tragedie „Ariels Aolta“ mit Herrn Hoffstein in der Titelrolle zur Aufführung.

Neuzug. Eine voll besuchte Volksversammlung fand hier am Sonntag statt. Auch die Frauen waren stark vertreten. Daß die Ausführungen der Genossin Leuschwartan über das Thema „Welche Lehren muß die gegenwärtig herrschende Volkverachtung den Arbeitern und ihren Frauen bringen“ den Anwesenden aus dem Herzen gesprochen waren, bewiesen die zustimmenden Amfichtenrufe und der himmlische Beifall. Einem der Anwesenden hatte der Wahlrechtskommissionar in Neumünster es angetan; er meinte, die Pflicht der Arbeiter sei doch, ruhig zu bleiben und nicht, wie in Neumünster, auf die Schulstreik loszugehen. Von der Referentin wurde auf die Wahlrechtsdemonstrationen eingegangen; dem Schutzmannsverteidiger gab sie anheim, die bürgerliche Presse, die sein Gimm vergiftet hätte, abzubestellen und den „Volksboten“ zu abonnieren, der wahrheitsgetreu über die Demonstrationen berichtete und aus dem ersichtlich war, daß gerade die Schulleute auf die Arbeiter losgeschlagen hätten. Mit einem jubelnden Hoch auf die Sozialdemokratie und dem Absingen des Sozialistenmarsches schloß

die imposante Versammlung. Möge unsere Saat wachsen, blühen und gedeihen!

Neuzug. Eine gut besuchte Volksversammlung, zu der auch viele Frauen erschienen waren, fand hier am Sonntag statt. Das Referat der Genossin Leuschwartan wurde mit großen Beifall aufgenommen. Die Zustimmung der Versammlung bewies, daß sich die richtige Erkenntnis auch unter den Landarbeitern Bahn bricht. Möge sie zu den nächsten Wahlen Früchte tragen.

Hamburg. Totschlag oder Unfall? Sonntag morgen 5 Uhr wurde der Arbeiter Westedt im Hause Steinfstraße 27, Haus 7, am Fuß der Treppe tot aufgefunden. Der Tod ist infolge eines Schädelbruchs eingetreten. Obwohl es nicht ausgeschlossen ist, daß Westedt bei seiner Heimkehr in der Nacht vielleicht infolge Trunkenheit die Treppe herabgestürzt ist, hat man doch den 33 Jahre alten Waggarbeiter Henning in Haft genommen, da auch der Verdacht vorliegt, daß Westedt von diesem, seinem Logisgeber, totgeschlagen oder die Treppe hinabgestoßen worden ist. Diesen Verdacht führt man auf die Angabe zurück, daß beide am Sonntagabend in einer Wirtschaft in der Alsterstraße wegen Mietdifferenzen Streit gehabt haben und auf die Auslage eines eifährigen Mädchens hin, das in der Nacht zum Sonntag gehört haben will, wie in der benachbarten Henningschen Wohnung Westedt bei seiner Heimkehr geschlagen worden und die Treppe hinabgestürzt sei. Sie will sogar einen Mann unten liegen gesehen und töhnen gehört haben, ohne indes von ihrer Wahrnehmung sofort Mitteilung zu machen. Erst die Wotfrau fand gestern morgen den Mann tot vor und machte Anzeige.

Kiel. Westholene Klten. Im Verlaufe des Kieler Wertprozesses sind aus dem dortigen Landgericht Klten gestohlen worden, die zur Überführung des Angeklagten Frankenthal dienen sollten. Wegen Frankenthal wurde nach seiner Freisprechung ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet, dessen Grundlage die beschlagnahmten Geschäftsbücher Frankenthal bilden. Diese Geschäftsbücher sind nunmehr aus dem Zimmer des Untersuchungsrichters gestohlen worden und damit fehlt nunmehr der Anlage das einzige Beweismittel. — Neuer Klten diebstahl in Kiel. Im Landgericht Kiel ist jetzt ein neuer Klten diebstahl entdeckt worden. Im Verlaufe des Kieler Wertprozesses wurde festgestellt, daß verschiedene wertvolle Papiere, durch die die Angeklagten schwer belastet wurden, aus den Akten verschwinden waren. Gegen den freigesprochenen Angeklagten Großklausmann Frankenthal wurde später ein Verfahren wegen Steuerhinterziehung eingeleitet. Nachdem bereits umfangreiche Vernehmungen stattgefunden haben, stellt sich nunmehr heraus, daß aus dem Zimmer des Untersuchungsrichters die Hauptbücher des Angeklagten, die als Belastungsmaterial dienen, gestohlen worden sind. Über den Verbleib der gestohlenen Bücher ist noch nichts Näheres bekannt geworden.

Der indirekte Steuerraub.

Es ist durch indirekte Steuer belastet:

- Jedes Pfund Salz mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Kaffee mit 10 Pfg. Steuer
- Jedes Viertel Tee mit 13 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Zucker mit 7 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Kakao mit 10 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Gewürze mit 25 Pfg. Steuer
- Jedes Pack Streichhölzer mit 15 Pfg. Steuer
- Jedes Liter Petroleum mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Achtel Brantwein mit 6 Pfg. Steuer
- Jedes Liter Bier mit 5 Pfg. Steuer
- Jedes Pfund Tabak mit 59 Pfg. Steuer.

Das alles verdanken wir den bürgerlichen Parteien.

Bremen. Polizeiliche Demonstrationen. Die Bremer Polizei hat für den letzten Sonntag Straßendemonstrationen aus Anlaß der Lehrermäßregungen erwartet. Aus diesem Grunde verfügte der Polizeisenator, daß die Schutzmannschaften zu Zeiten etwaiger Demonstrationen in den Polizeibureaus verbleiben sollen, um Zusammenstöße mit den Demonstranten zu vermeiden. Ein Einschreiten soll nur in außergewöhnlichen Fällen erfolgen, z. B. bei Beschädigung von Privatgütern, bei tätlichen Angriffen auf andere Personen, bei Anpflanzung von roten Fahnen auf öffentlichen Gebäuden und sonstigen Vandalitäten, sowie bei Abhaltung von Versammlungen unter freiem Himmel. Im letzteren Falle sollen die Redner am Sprechen verhindert und das Publikum aufgefordert werden, ruhig auseinanderzugehen. So mohlend auch diese Verfügung von denen preussischer Polizeipräsidenten sich abhebt, so weit steht sie jedoch noch hinter der Ausübung des Rechtes auf die Straße in England zurück. — Schmock an der Arbeit. Anlässlich einer Besichtigung der Wert Aktien-Gesellschaft „Weser“ in Bremen durch den Kaiser war von der Schulbehörde angeordnet, daß alle Volksschulen zweier Stadtteile und eines Vorortes zu einer bestimmten Stunde geschlossen und die Schulfinder zum Spaltenbildern benützt werden sollten. Darüber herrichte begreiflicherweise in weiten Kreisen der Arbeiterschaft größte Entrüstung. Weiter hatte die Verfertigung mit sanftem Druck auf den Arbeiterauschuß den Wunsch geäußert, die Arbeiter möchten, wenn der Kaiser komme, auf dem Hof zu einer Kundgebung aufstellung nehmen. Doch diese ichöne Illusion wurde von den Arbeitern zerstört. Sie veranstalteten eine Versammlung, in der Genosse Henke über das Thema „Freie Arbeiter oder königstreue Statisten“ sprach. In dieser Versammlung, die von über 1000 Arbeitern besucht war, wurde eine Resolution angenommen, in der die Arbeiter das Ansinnen der Verfertigung kurz und bündig zurückwiesen. Diese einfache Tatsache hatte Schmock auf die Beine gebracht. Er schrieb in den „Bremer Nachrichten“ und telegraphierte an auswärtige Blätter, u. a. auch an die „Frankfurter Zeitung“, Genosse Henke habe versucht, die Arbeiterschaft der Wert Aktien-Gesellschaft zum Ausstand für den Kaiserbesuchstag zu gewinnen. Die Versammlung wies dies jedoch zurück und begrüßte den Kaiser aufs freundlichste. Diese Notiz ist von A bis Z aus den Fingern gelogen. Weder hat Genosse Henke die Arbeiter zu einem Ausstand für den Kaiserbesuchstag zu gewinnen versucht, noch haben die Arbeiter den Kaiser aufs freundlichste begrüßt. Gansz drei Mann, alte „Zubilar“, hatten sich zur Kundgebung eingefunden. Die übrigen sahen noch nicht einmal von der Arbeit auf, als der Kaiser in ihre Nähe kam. Der Reichsverband und die von ihm gespeiste Presse werden natürlich dieses

neueste Produkt Schmocks ebenso fleißig aufgreifen, wie sie die vorstehend mitgeteilten Tatsachen verschweiget werden.

Theater und Musik.

Im Neuen Stadttheater sang gestern abend Frau Ottilie Mehaer als Gast die „Carmen“ in Bizets gleichnamiger Oper. Die Künstlerin ist im Besitz einer selten schönen Altstimme, welche so künstlerisch-virtuos behandelt wird, daß man eine wahre Freude daran haben konnte. Der Vortrag war von innen heraus belebt und von echter Leidenschaft durchdringt. Es war zwar keine echte, von südländischer Blut erfüllte Carmen, welche man vor Augen hatte, aber eine vortreffliche Künstlerin, der man Intelligenz und echtes künstlerisches Wollen in jeder Beziehung nachrühmen konnte. Das Publikum stülte selbstverständlich nur wenige Mänge; die teuren Logen und das Parterre wiesen manche Lücke auf. Ein Beweis für das Kunstverständnis der „besseren“ Leute, die nur dann kommen, wenn ihre Abonnementkarten Gültigkeit haben, braucht nicht erst erbracht zu werden. Die Herrschaften waren nicht da. Das übrige Publikum nahm die Vorstellung mit begeistertem Beifall auf. Die mitwirkenden Künstler, besonders die Damen Strecken und Weber sowie die Herren Goebel, v. Schenk, Haas und Fischer gaben ihr Bestes. Sie fanden lebhaftesten Beifall. P. L.

Standesamtliche Nachrichten vom 6. bis 12. März 1910.

Geburten.

a) Knaben: Name und Beruf des Vaters.

1. März. Arbeiter M. G. Lobroogewalk. Former J. G. W. Engel.
2. Gärtner F. J. H. Witt. Arbeiter G. H. H. Heuer (Vorwerk). Klempner C. F. M. D. Holt.
3. Schiffskapitän F. K. K. Wegner. Arbeiter F. G. C. W. J. Gords (Wesloc).
4. Zimmermann F. G. J. P. Sellmann. Maurer J. P. J. Oldrup.
5. Fabrikarbeiter F. J. C. Scheel (Schönböcken). Arbeiter F. K. C. Schöning (Vorwerk).
6. Restaurateur H. P. C. Lembke. Schuhmachermeister J. H. J. Ventken.
8. Arbeiter G. F. H. Vock.
9. Straßenreiner J. A. M. Jürs.
10. Schriftsteller A. M. Tähjen.
12. Arbeiter K. J. C. Wiese.

b) Mädchen: Name und Beruf des Vaters

26. Februar. Lokomotivführer H. J. C. R. Köhler.

1. März. Arbeiter F. J. H. Holt. Photograph A. M. C. Goujad.
2. Arbeiter C. G. J. F. Groth. Briefträger F. J. M. Nussack. Kaufmann C. J. W. C. Nitsch.
3. Friseur H. J. C. N. F. Hinzpeter.
4. Eisenbahnassistent M. C. Schrage.
5. Eisenbahnwagenführer W. J. Staas. Tapezier und Dekorateur F. H. F. Sülberg. Zimmermann H. A. T. Dencker.
6. Arbeiter A. H. F. Lankau (Schönböcken). Arbeiter C. A. J. Dierts.
7. Heizungsmonteur H. J. Sander.
8. Barbier H. G. C. Raehding.
9. Malermeister H. J. K. Plehm. Arbeiter J. A. T. Karsten. Hausmeister H. J. H. Wiese.
10. Metallarbeiter A. C. Weigert.
11. Schlosser A. C. J. Gener.
12. Arbeiter K. J. C. Wiese.

Ungeordnete Aufgebote.

März. 7. Seemannsdiener D. W. Stoßel in Hamburg und A. C. J. Voh. Arbeiter W. J. H. Koch und C. Chr. M. C. Schmidt. Schaffner M. J. H. Th. Wahrman und W. J. M. K. Dunsin in Kladrum. 8. Arbeiter J. F. H. Sakschbrecker und C. K. S. Koop in Uppahl. Drogist A. C. H. Mehme und F. F. H. Peitmann. Arbeiter J. H. J. Oldorp und D. M. C. W. Drude in Jarrentin. 9. Maurergeselle L. H. W. Chr. Hubert und F. A. D. Soltow, beide in Hamburg. 10. Artist C. C. Claassen in Hamburg und W. M. Stefens. Steinmetz W. C. C. Ziegler in Schönberg i. M. und C. W. Chr. Tamm. Arbeiter C. A. P. Bruhn und M. D. L. Holt in Stove. Arbeiter F. H. C. Wulf und C. J. Busch. Arbeiter H. J. Chr. Glasen und M. M. Walter. 10. Heizer J. F. A. F. Wollmer in Bremen und J. M. Lohf. 11. Zahntechniker H. M. M. Klawitter in Naumburg a. S. und H. M. B. Bartentien. Arbeiter F. J. J. Dunkelmann und C. M. C. Waack. Arbeiter J. M. Schwichtenberg und A. C. C. Voh. Maschinenbauer M. Pleuß und B. C. Blösch. Schmied B. L. Bogt und C. A. N. Eck. Bureauhilfe C. T. J. Hamann und A. C. S. Schlager. Kapitän zur See a. C. H. W. F. von Wylleben in Angelroda und C. K. C. M. A. Brunck. 11. Schlosser C. G. Pauls in Gant und P. C. W. Frohriep. Schreiber A. J. M. Sachau und M. Ch. C. Schulz. 12. Maschinenkloster M. A. J. Bastine in Neustadt i. S. und C. D. J. C. Lehnberg. Arbeiter C. M. H. Harnack und A. D. J. M. J. Benecke.

Schicksalungen.

März. 8. Gartenarchitekt F. W. C. Saad in Braunschweig und C. M. C. Gumbt. 10. Missionar C. Rog in Göttingen und H. C. M. Köpfer. 12. Bohrer H. A. M. Siegfried in Hamburg und C. A. F. Meppke. Maschinenbauer W. J. H. Stoffers und J. H. Steder. Arbeiter W. J. L. H. Kapinos und C. G. A. Kasten. Maler M. C. J. C. Dohrmann und W. L. E. Werth. Gärtner A. J. Fischer und C. C. Olafson.

Sterbefälle.

5. März. Müller A. R. B. Knaack, 46 J. 7. H. M. W. Distler, 4 J. Schneidergeselle F. Kruschke, 86 J. U. B. H. M. geb. Kohmer, Witwe des Zollassistenten L. F. H. C. Brünning, 44 J. A. Chr. Meins, 2 J. J. L. Plambeck, 1 M. J. H. Th. Hecker, 3 M. 8. C. geb. Sundmacher, Ehefrau des früheren Lohgerbers G. H. Meyer, 61 J. (Hannover). C. H. H. Gumbt, 12 J. C. M. C. Schäper, 20 J. Arbeiter D. F. Rath, 26 J. (Dederfeld). Gefunden in der Trave: die Leiche eines etwa 38—40 Jahre alten unbekannten Mannes. F. L. H. Mülls, 25 Tage. 9. Früherer Fischer F. H. W. Timm, 78 J. Kapitän D. Ohler, 69 J. (Kiel). W. A. Karloske, 8 M. Früherer Feldvogt C. H. Brede, 85 J. 10. A. C. S. geb. Vollert, Witwe des Zimmergesellen J. H. F. Berlin, 86 J. Früherer Tabakarbeiter W. H. C. Knorr, 49 J. M. F. D. Stier, 8 M. Arbeiter J. H. Dunker, 69 J. Arbeiter H. F. Hardt, 76 J. 11. Ein totgeborenes Mädchen; W.: Arbeiter C. C. Hanson. Ein totgeborenes Knabe; W.: Arbeiter F. W. G. Roth. Müller M. J. H. Th. Hecker, 70 J. C. M. H. Schaeper, 7 J. C. A. D. geb. Meier, Ehefrau des Milchhändlers G. J. H. Starch, 52 J. Handelsmann W. C. L. D. Puth, 58 J. Früherer Hilfszollaufseher J. J. H. Stein, 74 J. C. F. H. geb. Klenner, Witwe des Schiffskapitäns J. F. D. Voh, 65 J. 12. M. C. Mohr, 4 J. H. F. D. Scheel, 7 J. (Schönböcken). C. J. Hiebenich, 4 M.

Briefkasten.

O. R., Stöckelsdorf. Lieber Freund, ich komme am 1. Mai. P. L.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwent, für den gesamten übrigen Inhalt: Friedrichs Stellung. Verleger: Th. Schmarz. Druck: Friedr. Meaxer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Große

Volkswerksammlung

am Mittwoch, dem 16. März 1910, abends 8^{1/2} Uhr,
im Gewerkschaftshaus, Johannisstraße 50-52.

Tages-Ordnung:

Wir wollen Friede, Freiheit, Recht!

Referent: Reichstagsabgeordneter Karl Hildenbrand, Stuttgart.

Freie Diskussion.

Jeder freiheitlich gesinnte Einwohner Lübecks muß in dieser Versammlung erscheinen!

Der Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins. I. A.: Paul Löwigl, Johannisstraße 46.

Abreisenden aufbewahrt u. nach-
gefandt werden
Gegenstände aller Art, als: Mobili-
en, Koffer etc. im Lagerhaus und
Speditionsgeschäft Fischerstr. 52.

Achtung!
Zentralverband d. Maurer

Der Volksversammlung
halber fällt die Mitglieder-
versammlung am Mittwoch,
dem 16. März, aus.

Der Zweigvereinsvorstand.
NB. Entlehene Bücher aus un-
serer Bibliothek müssen zwecks Über-
gabe an die Genossenschaftsbücherei
am Mittwoch, dem 16. März, abds.
von 8-8^{1/2} Uhr, abgeliefert werden.

Feinste Kartoffeln
Mt. 5.50; hochfein gelochende
Magnum bonum, französische und
Gesellschaftskartoffeln, billig, frei
Haus. Wiederverkäufern Aus-
nahmepreise. Pflanzkartoffeln,
6 Wochen, gelbe lange.
L. Jacobsen Nachf.
C. Heese, Meierstr. 26. T. 1440

Weine, Spirituosen u. Liköre
in jeder Preislage
empfiehlt
J. H. Stooß, Engelsgrube.

Panorama
Breitestr. 53. I., St.
Vom 13. bis 19. März:
H A R Z.
Alteisdorf, Gernrode, Thale, Wode-
tal, Nienburg, Harzburg etc.

Hierdurch beehre ich mich, einem verehrlichen Publikum, sowie
meinen Freunden und Bekannten ganz ergebenst mitzuteilen, daß ich am
heutigen Tage mein Frisiergeschäft an Herrn Hubert Gültzow
abgetreten habe.
Ich danke für das mir bewiesene Vertrauen und bitte, dasselbe
auch auf meinen Nachfolger übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll
Schwartauer Allee 71a. Gustav Boysen.

Bezugnehmend auf obiges teile ich einem verehrlichen Publikum
ganz ergebenst mit, daß ich am heutigen Tage das Frisiergeschäft des
Herrn Gustav Boysen übernommen habe.
Es soll mein Bestreben sein, durch gute, saubere und aufmerksame
Bedienung mir die Zufriedenheit des mich beehrenden Publikums zu er-
werben und bitte ich, das meinem Vorgänger bewiesene Vertrauen auch
auf mich übertragen zu wollen.
Hochachtungsvoll Hubert Gültzow.

Achtung!
Wirte oder private
Grundstückbesitzer

die einen Platz, Wiese oder Koppel
als Festplatz für die
diesjährige Maifeier
zur Verfügung stellen können, der
in der Umgegend von Lübeck liegt,
werden höflichst ersucht, ihre Offerten
bis Sonnabend früh an das Partei-
sekretariat, Johannisstraße 50,
einzusenden. Der Platz muß gegen
10000 Personen fassen.

Das Komitee.
Neue Hafenfähre
G. m. b. H.

S a h r p l a n
für das Sommerhalbjahr 1910 ab
1. April ist erschienen und im Kontor
Untertrave 59
entgegen zu nehmen.
Neue Hafenfähre G. m. b. H.

Einladg. zur **Märzfeier 1910**
in Rensefeld
bestehend aus Festrrede, Rezitationen,
Konzert, lebenden Bildern u. Gesang-
vorträgen unter freundlicher Mit-
wirkung des Gesangvereins
„Eintracht“, Lübeck
am Freitag, dem 18. März, 1910
in Sükes Gasthaus.
Zu zahlreichem Besuch ladet ein
Das Komitee.

Verein der Musikfreunde.
Mittwoch, den 16. März,
abends 8 Uhr,
in der Stadthalle:
24. volkstümliches Konzert
(Orchester 52 Musiker.)
Leitung:
Kapellmeister Hermann Abendroth,
Karl Reinecke-Gedenkfeler.
Zur Ausführung kommen u. a.:
Vorspiel zum V. Akt aus König
Manfred K. Reinecke,
Septett von L. v. Beethoven,
Ouverture zu „Regimentsföchter“
G. Donizelli.
Seid umschlungen Millionen
J. Strauß
Programm im Lübecker Konzert-
Anzeiger.

Stadthallentheater.
Donnerstag, 17. März, 7^{1/2} Uhr.
Uriel Acosta.
Tragödie von Karl Gukow.
Vorverkauf täglich in den bekannten
Stellen bei Nagel, Markt 14 und
Roh, Kohlmarkt 18.

Neues Stadttheater.
Mittwoch, 16. März, 7^{1/2} Uhr.
Außer Ab. Ermäßigte Preise.
Das Konzert.
Lustspiel von Herrn. Bahr.
Donnerstag, 17. März, 7^{1/2} Uhr.
Zum 2. Male.
Der Graf von Luxemburg.
Operette von Franz Lehár.

Palm- und Topfkuchen

in allen Größen und von be-
kannter vorzüglicher Qualität
empfiehlt zum Palmsonntage u. Osterfeste die
Lübecker
Genossenschafts-Bäckerei
e. G. m. b. H.

Bestellungen werden von heute ab in allen unseren Nieder-
lagen entgegengenommen.
Gleichzeitig empfehlen unser
Grob- u. Feinbrot
sowie alle sonstigen Backwaren.
Der Vorstand.

Wer nie sein Butterbrot ab

mit den beiden Spezialkäsen der **Hansa-Meierei**
Lübecker Frühstüekskäse à 10 Pfg.
Romatour, Marke Flagge à 15 Pfg.
erhältlich bei den 20 Verkaufswagen und 36 Läden der **Hansa-
Meierei** sowie auch anderen Platzgeschäften, probieren.



Wai-Fettmolken
zur Schweinemast das Beste und Billigste,
Liter 1 Pfg., von 50 Liter ab 1/2 Pfg., jetzt täglich **Hansa-Meierei**.

Von heute an

sollten alle Hausfrauen, die
anstelle der teuren Naturbutter
einen guten billigeren Ersatz ver-
wenden wollen, die beliebte
Pflanzenbutter-
Margarine
Cocosa
kaufen. Cocosa ist wesentlich billiger
als Meiereibutter, ersetzt diese aber
zum Kochen, Braten, Backen sowie
zum Rohessen auf Brot vollkommen.
Bestandteile: Das Fruchtmark
der Cocosnuss (Cocoin), Milch
und Eigelb.
Machen Sie einen Versuch!
Ueberall erhältlich!
Alleinige Fabrikanten:
Jurgens & Prinzen, G. m. b. H.,
Goch (Rhld.)

Beerdigungsinstitut Gebr. Müter
Fernsprecher 427. Mühlenstraße 13.
Uebernahme ganzer Beerdigungen.
Größtes Lager in Särgen, Grabstöcken, Metall-, Perl- u. Blatikränzen.
Einkleidungen jeder Art. * Billigste Preise.

Zur Konfirmation

empfehlen
**Gesangbücher in div. Preislagen,
Konfirmationskarten in gr. Auswahl.**
Letztere auch durch unsere Kolporteurs zu beziehen.
Buchhandlung von Friedr. Meyer & Co.,
Johannisstraße 46.

Der Kampf ums freie Wahlrecht.

Wie schon kurz berichtet, hat Genosse Hirsch im preussischen Landtag die Forderung des gleichen, allgemeinen, geheimen und direkten Wahlrechts erhoben. Da zweifellos auch unsere sibirischen Genossen die Begründung interessieren wird, drucken wir dieselbe nach den vorliegenden Berichten ab:

Hirsch (Soz.): Mit unserm Antrag verfolgen wir einen doppelten Zweck. Einmal wollen wir damit unsere prinzipielle Stellung ausdrücken. Zweitens wollen wir feststellen, daß uns sowohl die Regierungsvorlage, wie die Kommissionsbeschlüsse in keiner Weise genügen. In der Regierungsvorlage erblickten wir eine Verhöhnung, ja sogar eine Herausforderung des Volkes! In den Kommissionsbeschlüssen aber erblickten wir noch nicht einmal eine Abschlagszahlung auf unsere berechtigten Forderungen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Auch nach diesen Kommissionsbeschlüssen würden wir in Preußen das elendeste aller Wahlsysteme behalten. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Es ist unerhört, daß man etwas Derartiges den Arbeitern zu bieten wagt. Nun, die Arbeiter werden beweisen, daß das Wort des Fürsten Bülow zutrifft, wonach die deutschen Arbeiter, zu denen doch auch die preussischen gehören, die intelligentesten der Welt sind. Sie werden es dadurch beweisen, daß sie mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln gegen eine solche Wahlreform protestieren, und schließlich werden sie den herrschenden Klassen und der Regierung gegenüber ihre berechtigten Forderungen durchzusetzen wissen. (Bravo! b. d. Soz.) Sie werden von ihren Forderungen keinen Finger breit abgehen. Ich glaube, es ist der einfache Wille der Öffentlichkeit, wenn ich mich zuerst der Partei zuwende, die nach der Überzeugung aller objektiven denkenden die Hauptschuld an den Kommissionsbeschlüssen trägt. Diese Partei ist das Zentrum. (Gelächter im Zentrum, Sehr wahr! links.) Auf seiner Fahne steht „Wahrheit und Recht“. Aber es hat diese Forderung in der Kommission ebenso mit Füßen getreten, wie seine andere Forderung, die der Übertragung des Reichstagswahlrechts auf Preußen. (Sehr richtig! links.) Das geheime Wahlrecht war bereits mit 15 gegen 13 Stimmen angenommen, und wenn es dem Zentrum ernst gewesen wäre mit der direkten Wahl, so hätte es eine Mehrheit aller Parteien gegen die Konservativen dafür gefunden, aber das Zentrum wollte nicht. Die Kommissionsbeschlüsse enthalten auch nur scheinbar das geheime Wahlrecht, denn so lange die Wahlmänner öffentlich zu wählen haben, ist das vom Zentrum gewährte sogenannte geheime Wahlrecht nicht einen Wimperling wert. (Sehr wahr! bei den Soz.) Bezeichnend ist auch, daß das Zentrum sich damit begnügte, in einer Resolution die Regierung zur Sicherung des Wahlgeheimnisses aufzufordern, als aber von anderer Seite ein besonderer Artikel zur Sicherung der geheimen Stimmabgabe beantragt wurde, da brachte das Zentrum diesen Antrag zu Fall. (Hört, hört! b. d. Soz.)

Was man von Resolutionen zu erwarten hat, das wissen wir ja alle und niemand kann, nachdem das Zentrum den von den Freiköniglichen beantragten Artikel abgelehnt hat, heute noch an seinen Ernst und seinen guten Willen glauben, auch nur die geringste Konzession auf dem Gebiete des Wahlrechts zu machen. (Sehr gut! b. d. Soz.)

Eine Mehrheit für das direkte und geheime Wahlrecht ist in diesem Hause nur deshalb nicht vorhanden, weil das Zentrum unter Hintansetzung seiner eigenen Programmforderungen es nicht haben will. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Im Zentrum hat eben alles Wah. Angebliche Freunde der Übertragung des Reichstagswahlrechts neben entliehenen Gegnern des Reichstagswahlrechts. (Weiterkeit und Sehr gut! b. d. Soz.) Haben sich doch die Herren Gronowski, Sauermann und Wartscher der Sozialdemokratie gegenüber nicht nur für die Übertragung des Reichstagswahlrechts, sondern auch für eine Neuerteilung der Wahlkreise zu stimmen verpflichtet, weil sie sonst überhaupt nicht in den Landtag gekommen wären. Redner ver-

liest einen Brief Sauermanns an den Vorsitzenden des sozialdemokratischen Wahlkomitees, in welchem es heißt: „Wenn ich auch politisch nicht Ihrer Partei angehöre, so ist es doch selbstverständlich, daß ich als armer, beschlossener Arbeiter auch als solcher denke und fühle und immer an erster Stelle dort zu finden sein werde, wo es gilt, die Interessen meines Standes zu wahren oder für unsere heiligsten Rechte zu kämpfen, vor allem für das Reichstagswahlrecht im Königreich Preußen.“ (Lebh. Hört, hört! links.) Dieser Brief ehrt nur seinen Schreiber. Aber wenn der Brief nicht zur Ehre gereicht, das sind diejenigen, vor denen er Nicht hat, und um deren willen er bitten mußte, daß dieser Brief nicht in die Presse kommt. Ich hätte diese persönlichen Erklärungen nicht vorgebracht, bin aber dazu gezwungen, wenn der unantwärtigen Heuchelei der Zentrumspresse. (Unruhe im Zentrum.) (Vizepräsident Dr. Borisch bittet den Redner, seine Ausdrücke zu mäßigen.) Ich habe nur von der Zentrumspresse gesprochen, die meinen Freund Leinert beschimpft hat. (Sehr wahr! b. d. Soz.)

Nicht nur bei der jetzigen Wahlrechtsvorlage, sondern beständig bei allen früheren Wahlrechtsvorlagen hat das Zentrum lediglich einseitige Parteipolitik getrieben und war nur auf Erweiterung seiner Machtstellung bedacht. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Schon im Jahre 1892 hat sich in der Kommission ein Kompromiß angebahnt zwischen Konservativen und Zentrum, bei dem jede Partei so viel wie möglich für sich herauszuschlagen suchte. — Ich will nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß das Zentrum jetzt in der zweiten Kommissionlesung einen Antrag eingebracht hat, dahingehend, daß, wer eine neunklassige Lehranstalt absolviert hat, ohne weiteres in die zweite Wählerklasse befördert wird. Den Arbeitern ist die Absolvierung einer solchen Lehranstalt unmöglich. (Lebhaftes Hört, hört! bei den Soz.) Aber wir werden schon dafür sorgen, daß den geistig Blinden die Augen aufgehen, daß sie erkennen, was für einen Freund sie am Zentrum haben. (Bravo! bei den Soz. Lärm im Zentrum.)

Wir haben einen Kollegen unter uns, der sich mit Prophezeiungen abgibt, die auch manchmal eintreffen. (Weiterkeit.) Herr von Zedlig (Erneute Weiterkeit links) hat am 7. Januar vom Zentrum gesagt, es werde schon dafür sorgen, daß keine Änderungen des Wahlrechts zustande kommen, welchen die Konservativen nicht zustimmen könnten. (Lebhaftes Hört, hört! links.) Herr Abgeordneter von Zedlig, ich bin leider gezwungen, Ihnen mein Kompliment zu machen. (Große Weiterkeit.) Ihre Prophezeiungen sind voll eingetroffen, Sie haben die Herren richtig eingeschätzt. (Sehr gut! links.) Allerdings weiß ich nicht, was der Artikel wirklich ein Ausfluß Ihres Prophetengeistes oder wollten Sie dankt dem Zentrum seine Taktik erst vorzeichnen? (Große Weiterkeit und lebhaftes Zustimmung links.) Auf alle Fälle hat sich im Laufe der Verhandlungen die gottgewollte Abhängigkeit des Zentrums von den Konservativen erwiesen. (Lärm im Zentrum.) Es unterliegt keinem Zweifel, daß es seine Grundsätze preisgibt. (Oh! im Zentr.) Natürlich nicht umsonst! Die Herren sind tüchtige Geschäftleute und werden beim Auktionsetat schon ihre Forderungen präsentieren. (Sehr richtig! links.) So wird dann das Ziel des schwarzen und blauen Blocks, Volkserziehung, Volksausbeutung und Volksverdummung, erreicht. (Lärm im Zentr., lebhaftes Zurufe bei den Soz.) Die Entrechtung beim Wahlrecht, die Verdummung in der Schule und die Ausbeutung bei der Reichsfinanzreform. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz.) Hiermit verlasse ich diese Partei. Wolte ich ihr ganzes Sündenregister aufzählen, so käme heute überhaupt niemand mehr zu Worte. (Große Weiterkeit.)

Ich komme zu den lieben Bundesbrüdern des Zentrums, den Konservativen. (Aha! rechts.) Einer ihrer Vertreter hat in der Kommission die Selbstlosigkeit seiner Partei gerühmt. (Lautes Lachen links.) Wer glaubt das? Sie selbst nicht. (Sehr richtig! links.) Sie trachten, genau wie das Zentrum, nur Ihre Macht zu erweitern, wie wir natürlich auch. (Hört, hört! rechts.) Natürlich haben auch wir den Willen zur Macht, Sie aber heucheln und sagen, Sie seien selbstlos. (Lärm rechts, Rufe: zur Ordnung!)

Vizepräsident Dr. Borisch: Ich nehme an, daß sich der Vorwurf der Heuchelei nicht auf Mitglieder dieses Hauses bezieht. (Große Weiterkeit.)

Hg. Hirsch (Soz.): Ich muß zu meinem Bedauern erklären, daß dieser Ausdruck sich auf den Herrn bezieht, der von konservativer Selbstlosigkeit gesprochen hat. (Unruhe rechts.)

Vizepräsident Dr. Borisch: Dann rufe ich Sie zur Ordnung. (Beifall rechts.)

Hg. Hirsch (Soz., fortfahrend): Freiherr von Hammerstein hat am 3. Dezember 1888 erklärt: „Bei den Abgeordnetenwahlen machen wir bessere Geschäfte als im Reich und deshalb wollen wir das preussische Wahlrecht erhalten.“ (Lebh. Hört, hört! links.) Das ist ein offenes und ehrliches Bekenntnis, das ist das Bekenntnis: Geschäft ist Geschäft! (Unruhe rechts.) Diesen Grundsatz haben Sie immer befolgt. (Erneute Unruhe rechts.) Daß Sie selbstlos sind, werden Sie anderen wis machen, uns nicht! (Sehr gut! links.)

Aber der Boden unter Ihren Füßen beginnt zu wanken. Selbst in Ihren Reihen brockelt es. Ein konservativer Verein, der Bürgerverein der Hamburger Vorstadt, hat einstimmig eine Resolution angenommen, in der er sich für die direkte und geheime Wahl und für die von der Regierung vorgeschlagene Maximierung des anzurechnenden Steuerbetrages mit 5000 Mk. ausgesprochen hat. Ich zweifle nicht daran, daß es draußen im Lande selbst in den Köpfen der Konservativen — ich meine diesmal die Konservativen im Lande (Weiterkeit b. d. Soz.) — zu dämmern beginnt, daß der Einfluß von der dringenden Notwendigkeit einer Wahlreform sich Bahn bricht. Allerdings, der konservativ geordnete Hammer hat gefunden, daß das Volk auch für das bestehende Wahlrecht noch nicht reif ist. (Sehr richtig! und Lachen rechts.) Ich gebe zu, die Leute, die Herrn Hammer gewählt haben (Weiterkeit), die sind allerdings politisch für jedes Wahlrecht unreif. (Weiterkeit und Beifall b. d. Soz., Lärm rechts.) Nur die allergrößten Kälber wählen ihre Metzger selber! (Lärm rechts.) Glücklicherweise ist nun aber nur ein kleiner Prozentsatz der Wähler so verblendet, Ihrer Fahne zu folgen. Sie haben es auch unter dem Dreiklassenwahlsystem nur auf 14, 15 Prozentsatz der Wähler gebracht. Darunter Tausende und aber Tausende, die durch den Terrorismus, der von Ihnen (Sehr richtig! links, Lärm rechts) und der Regierung ausgeht, gezwungen waren, für Sie zu stimmen. (Sehr richtig links. Als Redner bei dieser Stelle angelangt, nach dem Waierrglase greift, ertönt rechts der Zuruf: „Wie der Hirsch schreit nach frischem Wasser!“, worauf brüllendes Gelächter rechts.)

Daß aber die Massen reif sind, nicht nur das Wahlrecht zu erringen, sondern auch reif, die Staatsgewalt zu erobern, dafür hat das Proletariat in Berlin am letzten Sonntag den Beweis gegeben. (Sehr richtig! bei den Soz.) Sie mögen noch so sehr versuchen, sich über den Anfall hinwegzusetzen, den der Berliner Polizeipräsident ertönen hat, es ist daran doch nichts zu ändern. (Lebhaftes Zustimmung bei den Soz., Lärm rechts.) Die vorzüglich organisierten Demonstrationen, nicht nur die vom vorigen Sonntag, haben gezeigt, daß das Volk sich bewußt ist, für seine heiligsten Güter zu kämpfen. (Lachen rechts.) Hinter Ihrem Spott und Ihrem Hohn glauben Sie Ihre Angst verbergen zu müssen. (Lärm rechts.) Die Wahrscheinlichkeiten sind klassenbewußte Arbeiter, die Ihre (nach rechts) Presse in einer Weise beschimpft, auf die ich hier nicht eingehen will, weil es mir am parlamentarischen Ausdruck gegen diese Beschimpfungen fehlt. Diese Arbeiter setzen ihr alles ein, nicht nur für ihre Rechte, sondern auch für die Ehre Preußens. (Lärm und Lachen rechts.) Wenn Preußen noch länger hinter Rußland einher marschieren soll, entehrt es sich in den Augen der Welt.

Eine ähnliche Stellung wie die Konservativen nehmen die Freikonservativen ein. Sie befinden sich allerdings in der Opposition, aber doch nur deshalb, weil ihnen die Vorlage und die Kommissionsbeschlüsse nicht weit genug gehen. (Zuruf bei den Freikonservativen: Wir wollen sie schärfer haben.) Da haben Sie recht, Sie sind ja die Schatzkammer par excellence. (Große Weiterkeit.) Was bezwecken Sie mit dem Antrag auf Drittelung in den Gemeinden? Sie be-

Arbeiter.

Roman von Alexander V. Kielland.
Autorisierte Übersetzung aus dem Norwegischen von Kapitän
G. von Sarau.

(88. Fortsetzung.) Nachdruck verboten.

„Um, nun ja, kleine Reibungen; aber sagen Sie mir doch — der Minister änderte plötzlich wieder das Gesprächsthema — wenn so viele Menschen dort zusammenkommen, wo finden sie alle ein Unterkommen, namentlich nachts?“

„Ach ja, Sw. Høheit, mit dem Nachtquartier sieht es nicht zum besten aus. Die meisten legen sich auf den Leib und decken sich so gut wie sie können mit dem Rücken zu.“

„Dum — dum — dum“ sumnte der Minister und ging im Zimmer auf und ab, mit den Schlüssel in der Hand. Der Ältermann aber, der keine Ahnung davon hatte, daß er etwas Unpassendes gesagt, sondern vielmehr der Meinung war, daß der Minister ein sehr herablassender Mann sei, zwipfte Mädel am Rock und flüsterte: „Ich denke, ich sage ihm das vom Wege.“

Mädel nickte zustimmend und der Ältermann erhob sich. Um Vergeltung, Sw. Høheit, ich hätte Sie gern um etwas gefragt.“

„Ich stehe zu Diensten, Herr Lotsen-Ältermann.“

„Stehen Sie nicht über allen Lebensmännern, Kottenmeistern und Ingenieurkapitänen?“

„Ja — a — ja — a“ räumte der Minister ein.

Des Ältermanns Augen strahlten vor Freude. Endlich war er an den rechten Mann gekommen; jetzt wollte er auch ordentlich Bescheid sagen über diesen Weg. Und die lange angelammelte Galle machte sich bei ihm Luft in einer Veredamtheit, die indessen für den Minister größtenteils verloren ging.

„Von welcher Wegstrecke reden Sie?“ fragte der Minister, indem er auf eine große Wandkarte wies.

Der Ältermann, der von seiner Schulzeit her mit Karten umzugehen mußte, fand sich bald zurecht. Der Minister legte seine goldene Vognette auf, ergriff einen Zirkel aus einem auf dem Tische liegenden Kästchen und maß das angegebene Stück mit großer Genauigkeit.

Darauf sagte er in seiner ruhigen, fließenden Weise: „Sehen Sie, Herr Lotsen-Ältermann, dies hier ist eine Karte über unser Begegnis. Denken Sie sich alle diese roten,

gelben und blauen Linien in eine einzige Linie zusammengefaßt, so erhalten Sie eine recht ansehnliche Strecke, nicht wahr?“

„Ja,“ räumte der Ältermann ein, ohne zu wissen, wozu der Minister hinaus wollte.

„Und wollen Sie nun zum Vergleich den Abstand zwischen den Weinen dieses Zirkels betrachten“ — der Minister hielt ihn empor — „Sie sehen, daß der Zwischenraum nicht größer ist als ein dickes Stück Wappe.“

Der Ältermann starrte vom Zirkel auf den Minister und wieder zurück.

„Sehen Sie nun, mein lieber Lotsen-Ältermann Seehus, so klein ist die Wegstrecke, über welche Sie sich beklagen, im Verhältnis zum Begegnis des ganzen Landes — und werden Sie jetzt nicht selbst einräumen, daß es — wie soll ich sagen? — vielleicht ein bißchen viel verlangt ist, daß derjenige, der dieses ganze komplizierte Kommunikations-System in seinem Kopfe haben soll, seine spezielle Fürsorge auf einen so unbedeutenden Bruchteil des Ganzen wie diesen hier“ — damit hielt er den Zirkel dem Ältermann dicht vor's Gesicht — „sollte ausstrecken können.“

Der Ältermann stand mit offenem Munde da. Ganz klar war ihm die Sache nicht geworden, aber er merkte, daß sie ihm auch diesmal wieder aus den Händen glitt, und das Gefühl, als ob es in seinem Innern kochte, kam ihm wieder an. Da öffnete sich gerade die Tür und Andreas Mochkehrte zurück, begleitet von Mortensen, dem Expeditionssekretär und den übrigen, die in der Tür und im Seitengemach stehen blieben, um zu hören, wie diese merkwürdige Begebenheit sich entwickeln werde.

Moch hatte trotz Mortensens Einwendungen das ganze Chaos durchwühlt und ganz unten auf dem Boden des Regals einen zerknitterten gelben Umschlag gefunden, den er mit großer Ruhe hervorzog.

Alle waren stillschweigend darüber einig, daß Andreas selbst in irgend-einer böshafter Absicht diese Dokumente dort versteckt hatte. Kanzlist Mortensen murmelte mit finsternem Blick: „Jetzt ist er reif.“

Der Minister setzte die goldene Vognette auf und schlug den Umschlag zurück, so daß eine kleine Staubwolke davon aufstieg.

„Hier steht die Laufnummer, geschrieben von Ihrer eigenen Hand, Herr Expeditionssekretär, konferieren Sie die Laufnummer.“

Der kleine Mann fuhr in sein Kontor, als ob er selbst eine Laufnummer sei; bevor er aber zu seinem Protokoll kam, ward er in einem unheilverkündenden Ton zurückgerufen.

Der Minister hatte einige Zeilen vom Gesuch gelesen und rief plötzlich: „Aber, wie kommt dieses Aktenstück hierher zu uns?“

Moch der Expeditionssekretär zurückkehrte, legte der Minister Bennechen seine großen weißen Zeigefinger so nachdrücklich unter ein Wort in dem Gesuch, daß unter dem Nagel ein tiefer Strich entstand: „Was steht hier? — Hier steht: Privilegierte Länderzien!“

„Stift Christiansand,“ ergänzte Mädel, der in atemloser Spannung zuhörte.

„Also gehört die Sache ins Kultusministerium, und nicht hierher,“ sagte der Minister ärgerlich.

„Aber — aber,“ begann der Expeditionssekretär, — „ich erinnere mich freilich jetzt nicht mehr daran — aber vielleicht habe ich damals geglaubt, daß die Beschaffenheit der Sache —“

„Beschaffenheit der Sache!“ unterbrach ihn der Minister sehr streng. „Hier ist nicht die Rede von der Beschaffenheit, sondern von guter ministerieller Ordnung und Gepflogenheit, und der zufolge werden alle Sachen, welche ehemalige Kirchenländerzien betreffen, an das Kultusministerium geschickt. Das ist eine alte Regel, die Ihnen, Herr Expeditionssekretär, nicht unbekannt sein mußte. Wohl! Nehmen Sie diese Papiere und bringen sie dieselben ins Kultusministerium hinüber.“

Der Minister richtete seine imponierende Gestalt in die Höhe, indem er Moch die Aktenstücke überreichte. Die versammelte Menge zerstreute sich, und der Expeditionssekretär setzte sich vernichtet nieder und starrte seine Laufnummer an.

Mädel aber folgte den Aktenstücken mit den Augen, und als sein Bruder lautlos mit ihnen verschwand, rief er: „Wer hatte recht?“

„Ja, mein guter Mann,“ antwortete der Minister, das kann ich Ihnen nicht sagen. Wenn Sie sich aber nach Verlauf einer passenden Zeit mit einer Vorfrage an das Kultusministerium wenden, so wird man Ihnen dort ohne Zweifel zufriedenstellende Aufschlüsse erteilen. Leben Sie wohl, meine Herren, leben Sie wohl! Es hat mir zu großen Vergnügen gereicht, Ihnen einen Dienst erweisen zu können.“

zwecken damit nur, die Sozialdemokraten aus diesem Hause fernzuführen. (Sehr richtig! links und bei den Freikonser.) Es freut mich, daß Sie das angeben, dann haben Sie aber auch den Mut zu sagen, daß Sie nicht im Interesse des Volkes eine Wahlreform wollen, sondern, daß Sie nur seine Vertreter aus diesem Hause entfernen wollen. (Rufe rechts: Wir sind auch Volksvertreter!) Sie sind keine Volksvertreter! (Lärm rechts und im Zentrum.) Sie sind doch im Leben keine Volksvertreter! (Großer Lärm rechts und im Zentrum.) Die Nationalliberalen sind — soweit aus der Presse hervorgeht — bis jetzt wenigstens standhaft geblieben. Allerdings, was wir von ihnen zu halten haben, und wie ein Wahlrecht aussehen würde, das sie machen, das wissen wir. Die Rechte und das Zentrum bewerben sich um sie, weil sie nicht wünschen, die Wahlreform allein gemacht zu haben.

Die Regierung wollte die direkte und öffentliche Wahl. Die Kommission sagte: Nein, machen wir nicht. Die Regierung erklärte darauf, daß sie auf die öffentliche Wahl das größte Gewicht lege. Das Wort „Unannehmbar!“ wird die Regierung aber nicht sprechen, denn sie ist von den Konservativen und vom Zentrum abhängig. (Sehr richtig! links.)

Die Regierung weiß nicht, was sie tun soll, aber die erhoffte Ruhe wird nicht eintreten. Wir werden das Volk weiter aufküttern. (Andauernde laute Lärm rechts. Lebhaftige Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wir werden das Volk aufküttern. (Wachsende Unruhe rechts und im Zentrum.) Wir werden dafür sorgen, daß ein Sturm der Empörung durch das ganze Land geht. Ihre Drohungen schrecken uns nicht, weder hier im Hause, noch wenn sie von einer anderen Seite kommen. (Lärm. Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Glauben Sie denn wirklich, daß eine Handvoll „Volksvertreter“ imstande ist, das Volk zu verheken? (Zurufe rechts: Gewiß. Andauernde großer Lärm.) Nein, meine Herren, das Volk ist durch Sie verhekt, dadurch, daß Sie ihm jedes Kulturrecht vorenthalten wollen. Denken Sie an die Worte Schillers:

Wenn der Gedächte nirgends Recht kann finden,
Wenn unerträglich wird die Last, greift er
Dinauf getrossen Mutes in den Himmel,
Und holt herunter seine ewigen Rechte,
Die droben hängen unverändertlich
Und ungenüßbar wie die Sterne selbst.

(Rufe rechts: Literatur schwach! Ja von Jöthe! Ein anderer rechts ruft: Nein, aus dem „Demetrius“!) Ihre Literaturkenntnisse erreichen nicht einmal das Maß der Volksschule. Der Vers ist aus der Rützliene! (Große Heiterkeit.)

So weit ist die Empörung der Massen gestiegen. (Sehr richtig! b. d. Soz.) Wir wollen unsere Ziele auf friedlichem, gesetzlichem Wege erreichen. Wenn sie aber dem Volke weiter seine Rechte vorenthalten, so steht die Zukunft nicht in unserer Macht. Sorgen Sie, daß dem Volke gewährt wird, was dem Volke gebührt: Das allgemeine, gleiche und geheime Wahlrecht! (Lärm. Beifall b. d. Soz. Gelächter rechts.)

Zum preussischen Wahlrechtskampf.

In mehreren Städten Preussens wurden am Sonntag, wie gestern schon kurz berichtet, von den entrechteten Arbeitern imposante Wahlrechtskundgebungen veranstaltet.

In Frankfurt a. M. wurde in 23 Versammlungen über die zweite Lesung der Wahlrechtsvorlage gesprochen. Die Versammlungen waren sehr stark besucht; es herrschte überall begeisterte Kampfesstimmung. Zum Schluß wurden die Anwesenden zu einem gemeinsamen Spaziergang im Frankfurter Stadtwald aufgefordert. Die Polizei hatte damit gerechnet, daß der Schluß der Versammlung erst nach 2 Uhr eintreten werde. Aber bereits um 1/2 2 Uhr sammelten sich etwa 6000 Menschen aus der Altstadt auf dem Goetheplatz; zu ihnen stießen viele Tausende aus den Außenbezirken, und in einem geschlossenen Zuge von etwa 30000 Personen ging es in den jenseits des Mains gelegenen Stadtwald, wo Genosse Quark dann auf einer Anhöhe im herrlichsten Lannengrün eine Ansprache hielt. Eine unübersehbare Menschenmasse zog dann durch die Mörsfelder Landstraße zum Main zurück, die Polizei hatte

Damit schob er sie häßlich zur Tür hinaus und schloß dieselbe.

Mädel ging wie im Traume; er verstand nicht das allgeringste von dem ganzen Verfall. Aber im Altermann brauchte es immer gewaltiger auf. Und als Worten sich fester vor ihm verbogte, brach der Zorn des Altermanns in wilder Rast aus. Er ergriff eine im Fenster stehende Zinnenleiste und schlugerte sie mit aller Kraft gegen Worten.

Der Redakteur bückte sich behende, so daß die Flasche an der Wand hinter seinem Pulle zerplatzte. Wieder entstand große Verwirrung in den anstehenden Zimmern, während der Altermann und Mädel schleunigt die Treppe hinabstiegen.

Das Entsetzen über diese unerhörte Gewalttat war so groß, daß niemand daran dachte, die Verbrecher zu verfolgen. Während sich aber ein immer größerer Schwarm um den ungeheuren Zinnenleiste sammelte, von dem zahlreiche schwarze Streifen herabfielen, kämpfte Mädel Hühner mit sich selbst wegen einer Bemerkung, mit der er gern hervorgetreten wäre.

Er wußte aber nicht recht, ob es wirklich ein Wig oder eine ungeheure Dummheit sei; denn bisweilen waren ihm bittere Tuschungen in ähnlichen Fällen geworden. Endlich sagte er sich ein Herz und sagte halblaut: „Wartburg!“

Es war wirklich ein Wig; das Herz des Assistenten schwall vor freudigem Stolz. Als es aber an den Tag kam, daß Mädel ihn gemacht habe, entstand ein großes ungeheures Getöse und mehrere behielten von der Zeit an einen gewissen Argwohn, daß Mädel doch wohl nicht so ganz dumm sei.

Es ward aber einstimmig beschlossen, daß Worten's Platz fortan die „Wartburg“ heißen solle und daß der monumentale Zinnenleiste niemals entfernt werden dürfe. Und so seit heute derlei an Worten's Platz, selbst lange nachdem Worten ihn mit einem besseren verkauft hätte, daß alle Aussicht dazu vorhanden war, daß der Zinnenleiste und Worten's Wig bestehen bleiben würden, so lange das Wälderhaus bestünde, — das heißt wiederum aller Wahrscheinlichkeit nach bis dicht vor dem jüngsten Gericht.

Es war zwei Uhr.
Belshin hatte die Satzen des Ritters nach einem Brief arrangiert, von dem er selbst behauptete, daß es in den Kaiserlichen unter dem zweiten Kaiserreich gebräuchlich gewesen sei.

(Fortsetzung folgt.)

den Zug an einer andern Stelle erwartet und traf zu spät an der Obermainbrücke ein. Es gelang ihr nur noch, die Nachzügler zu zerstreuen; die Hauptmassen zogen unter Gesang von Arbeiterliedern und Hochs auf ein freies Wahlrecht durch die Anlagen nach dem Stadtwald zurück. Die Polizei war vollständig machtlos. Zu einem ersten Zusammenstoß kam es nur an der Dreiecksstraße, wo die Polizei im Lauffschritt angetroffen kam und einem Zug das Passieren der Brücke untersagte. Es war die prächtigste Demonstration, die je in Frankfurt abgehalten wurde.

Ein besonders drohlicher Auftritt passierte im Stadtwald. Man hatte dort fünf Spikol erkannt und gesteckt, unter Genossen machten einen großen Bogen um sie herum und riefen ununterbrochen: „Betrachtet Euch diese edlen Heiden.“ — Schließlich machte man ihnen eine Gasse und ließ die Spikol, denen der Angstschweiß aus allen Poren gekommen war, laufen. —

Eine Riesendemonstration für ein freies Preussenswahlrecht fand auch in Breslau statt. Die Polizei hatte eine gemeinsame Versammlung der demokratischen Vereinigung, des Vereins für Frauenstimmrecht und anderer Partei, die in einem Gartenabteilament stattfinden sollte, verboten. Das Verbot redete von einer Verhekerung der Massen, die eine Gefährdung der öffentlichen Sicherheit beinhalten lasse. Daraufhin waren nach dem benachbarten Ausflugsort Morgenau 8 Versammlungen einberufen worden, die der polizeilichen „Genehmigung“ nicht unterlagen. Es handelt sich durchweg um Riesensäle, von denen der größte 3000 Menschen bequem faßt. Schon zwei Stunden vor Beginn der Versammlungen begannen die Massen aus der Stadt hinauszuwandern. Eine wahre Völkerwanderung entwickelte sich. Schließlich waren sämtliche Säle stark besetzt, während noch große Massen es bei dem prächtigen Wetter vorzogen, auf der Landstraße zu promenieren. Nach Schluß der Versammlungen strömten die Massen nach der Stadt zurück. Die Zahl derer, die diesmal auf den Beinen waren, wird auf etwa 12000 geschätzt. Aus der Menge stiegen bald zahlreiche Luftballons mit langen roten Fahnen aus Papier auf. Die Polizei hielt alle Zugänge zur inneren Stadt besetzt. Die Demonstranten teilten sich jedoch entsprechend der ausgegebenen Parole in zwei mächtige Züge, und machten unter Umgehung der inneren Stadt nach ihren Wohnungen zu gelangen, jedoch die Polizei durch ihre Abperrungen nur den Verkehr des übrigen Publikums hinderte. Immerhin bleibt ein Polizeistreik zu erwähnen. Bürgerliche Abteilungen hatten um die Erlaubnis nachgefragt, in Morgenau Plakate mit der Aufschrift: „Weidet den Schnaps“ herumtragen zu dürfen. Die Polizei hatte dies aber „im Interesse der öffentlichen Ordnung“ verboten, und als trotzdem ein solches Plakat aufstand, stürzten sich ein Wächtermeister und ein Schutzmann auf den Träger, zerrissen das Plakat und gaben dem Manne die Stange zurück, nachdem sie seine Personalien festgestellt hatten. Dieser Streich blieb diesmal die einzige Rache der Polizei.

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, den 14. März 1910.

57. Sitzung, Mittags 12 Uhr.

Am Bundesratsitz: Reichskanzler v. Bethmann-Hollweg, Delbrück, Bermuth, Lisko, v. Schorn.

Stat des Reichskanzlers.

Hierzu liegt eine Reihe Anträge vor.
Die Abgeordneten Albrecht (Z.) u. Gen. beantragen eine Verfassungsänderung dahin, daß Elsaß-Lothringen zum Bundesstaat erhoben und den übrigen Bundesstaaten verfassungsrechtlich gleichgestellt wird, sowie daß die auf Grund der neuen Verfassung einzuführende Volksvertretung aus dem allgemeinen, gleichen, geheimen und direkten Wahlrecht hervorgehen soll.

Ein zweiter Antrag Albrecht wünscht Vorlegung eines Gesetzentwurfs, wonach der Reichskanzler für seine Amtsführung dem Reichstage verantwortlich ist, diese Verantwortlichkeit sich auf alle politischen Handlungen und Unterlassungen des Kaisers erstreckt und daß zu diesem Zwecke ein Staatsgerichtshof eingesetzt wird.

Ein dritter Antrag Albrecht wünscht eine Ergänzung des Wahlgesetzes noch in dieser Session dahin, daß Neuwahlen, die in einer Legislaturperiode notwendig werden, innerhalb 60 Tagen vorzunehmen sind.

Ein Antrag Prinz Schönau (N.) und Genossen wünscht, daß eine Beihilfe zur Unterstützung der Bestrebungen für die internationale Schiedsgerichtsbewegung in den nächstjährigen Etat eingeleitet wird.

Endlich will ein Antrag Bassermann (N.) und Genossen Änderung des Wahlrechts in der Richtung der Sicherung der geheimen Wahl.

Dr. Bunderseeher (Z.): Dem Antrage Albrecht stimmen wir zu. Dem Landesauschuß fehlen wichtige Rechte, u. a. das Interpellationsrecht. Leider ist in der 40jährigen Zugehörigkeit zum Reich nicht das mindeste geschähen, um Elsaß-Lothringen eine bundesstaatliche Verfassung zu geben. Zugleich habe ich namens der Zentrumspartei zu erklären, daß wir an die Frage nicht anders herangehen werden, als gleichzeitig mit der Regelung des Wahlrechts für den Landtag in Elsaß-Lothringen, und daß nur das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht in Betracht kommen kann. Wir Elsaß-Lothringer wollen gute Patrioten sein, es wird uns aber sehr schwer gemacht. Wir haben bei allen nationalen Aufgaben mitgewirkt und haben auch bei der Finanzreform nicht verlagert. (Lärm. Zustimmung.)

Dr. Gregoire (Z., Lothring.) wünscht gleichfalls selbständige bundesstaatliche Verfassung für Elsaß-Lothringen, ebenso wichtig sei aber die Änderung des völlig veralteten Wahlrechts. Wichtigkeit sei diese Frage für Elsaß-Lothringen sogar wichtiger. Die Ereignisse von 1870/71 haben einen unumwandelbaren Zustand geschaffen. Elsaß-Lothringen ist nach einem blutigen Kriege deutscher Besitz geworden. Man kann aber nicht verlangen, daß die Elsaß-Lothringer darüber die Freiheiten vergeßen, die sie Frankreich verdanken. Deutschland hat auf Grund seiner kriegerischen Eroberung auch die Pflicht der moralischen Eroberung übernommen. Redner wendet sich scharf gegen Wetterle. Auf der andern Seite aber sei eine Etappe alldeutscher Helfer an der Arbeit. Redner verliest einen Artikel der „Täglichen Rundschau“, der von Beschimpfungen der „schmutzigen indolenten Lothringer“ wimmelt. (Zuruf b. d. Soz. der gute Ton!) Die Gewährung der Autonomie würde nicht nur Ge-

bitterungen in Elsaß-Lothringen unterbinden, sondern auch die Spannung zwischen Frankreich und Deutschland vermindern, also dem Weltfrieden dienen.

Bähler (Z.): Wir legen Wert auf unsere Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechts, weil die Schaffung demokratischer Einrichtungen allem die Garantie einer ruhigen Entwicklung in den Reichsländern bietet. Niemand hat 1871 erwartet, daß die eingeführte Verfassung 40 Jahre dauern soll. Nicht Bismarck deutete an, daß sie den Charakter eines Übergangsgesetzes tragen sollte. (Hört, hört!) Wenn die Elsaß-Lothringer sich trotz vielfacher Schikane mit der Reichszugehörigkeit ausgiebigen haben, so deshalb, weil sie sich wirtschaftlich Deutschland angepaßt haben. Die Zahl der Freiwilligen, die im deutschen Heer dienen, ist von Jahr zu Jahr gestiegen. Der Wozsch Wetterle war eine politische Dummheit. (Sehr richtig! bei den Soz.) Durch seine Verurteilung hat man ihm einen billigen Triumph verschafft, sich als nationaler Held auszuzeichnen. Das jetzige Parlament ist völlig ungeeignet, die Interessen der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung zu vertreten. Sogar die nationalliberalen „Straßburger Post“ verlangt eine Änderung des jetzigen Zustandes. (Hört, hört! b. d. Soz.) Es wird in Straßburg behauptet, daß neben den Berichten der Zivilbehörden auch solche der Militärbehörde gehen, die ganz anders lauten. Der Reichskanzler wird nicht wissen können, über diesen Punkt Auskunft zu geben. Die Reichswehr droht, sich heute keine Elsaß-Lothringische Spezialität, sie hat in ganz Süddeutschland sehr zugenommen. Die Äußerungen des Reichskanzlers über das Reichstagswahlrecht, genau so wie die Haltung der Junker zu der Erbschaftsteuer, haben in diesem Sinne gewirkt. Die preussischen Junker und die preussische Regierung führen die Reichseinheit und man muß sich die Frage vorlegen, ob Preußen die Führung in Deutschland noch behalten kann. Wenn man in Elsaß-Lothringen der Agitation gegen die Reichszugehörigkeit das Wasser abgraben will, so muß man das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht einführen, und die Regierung wird gut tun, es so schnell wie möglich zu tun. (Lärm. Bravo! b. d. Soz.)

Naumann (Zp.): Rein juristisch betrachtet hat Elsaß-Lothringen nur eine provisorische Gesetzgebung. Rechtlich gesehen ist die Verteilung der Selbständigkeit für Elsaß-Lothringen eine Notwendigkeit. Als 1871 dieses verloren gegangene Bruderland wieder erobert war, da mußte es scheinen, als ob das deutsche Volk sich nun gar nicht genug tun könnte in Beweisen seiner Freundschaft, seines Entgegenkommens, um dieses Land wieder an die alte Heimat zu gewöhnen. Dieses Interesse hat sich nach der Eroberung wieder verloren. Es ist viel versäumt worden, und wenn heute im Elsaß französisch gesprochen wird, dann hört man es gleich in Paris; wird aber deutsch gesprochen, hört man es in Berlin nicht. Der Gedanke der Autonomie bedeutet im Grunde Verleugung der Regierung von Berlin nach Straßburg. Es geht kaum anders, als daß Elsaß-Lothringen Reichsland, ein Land des Kaisers bleibt. Aber es muß gebrochen werden mit der Statthaltertschaft auf tägliche Kündigung. (Große Heiterkeit.) Die Möglichkeit einer Erbstatthalterchaft oder einer Statthalterchaft auf Lebenszeit ist zu erwägen; unbedingt zu fordern ist aber Vertretung im Bundesrat. Statt des Zweikammersystems dürfte sich eine einzige auf Grund des Reichstagswahlrechts gewählte Kammer empfehlen, gegenüberstehend dem auszubauenden Staatsrat. Das Reichsland kann und darf kein anderes Wahlrecht haben als das Reichstagswahlrecht. (Lärm. Bravo! links.) Es bedarf keiner Erziehung durch anderweitige Wahlrichtungen. (Heiterkeit und sehr gut! links.) Die jetzige verwickelte Wahlart ist dem Lande von Berlin aus aufstrotzt worden. (Lärm. sehr richtig! links.) Wir schließen uns den Resolutionen Albrecht und Gregoire an, und außerdem beantragen wir die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer Elsaß-Lothringischen Verfassung. (Lärmhafter Beifall links.)

Hieber (N.): Die Elsaß-Lothringische Verfassungsfrage steckt schon lange, obwohl fast die ganze Bevölkerung in der Forderung einer freien Verfassung sich einig ist. Ich glaube nicht, daß man um die Forderung der Einführung des Reichstagswahlrechts für die Elsaß-Lothringische Volksvertretung herumkommen wird, zumal die süddeutschen Staaten dieses Wahlrecht besitzen. (Hört, hört! links.) Elsaß-Lothringen muß die Stellung eines Bundesstaats erhalten, die Einzelheiten sind nebensächlicher Bedeutung, die Hauptforderungen sind Autonomie und freies Wahlrecht, wenn wir treue Reichsbürger in Elsaß-Lothringen haben wollen. Ein Hindernis hierfür sind neben den Chauvinisten, die keine Zugeständnisse machen wollen, die klerikalen Partikularisten von der Art Wetterle. (Beifall b. d. Natl.)

Reichskanzler von Bethmann-Hollweg: Die eingehende und lebhafteste Debatte beweist, wie hoher Ernst es dem Reichstage mit der Regelung der staatsrechtlichen Stellung der Reichsländer ist. Wie ich schon im Dezember v. J. erklärt habe, ist die Erweiterung der politischen Selbständigkeit der unbedingt gewiesene Weg. Auch ich bedauere den Stillstand, der seit 30 Jahren in der betreffenden Gesetzgebung eingetreten ist und nicht zum Segen des Landes gewesen ist. (Sehr richtig! links.) Auf Loyalismus und staats-treue Gesinnung der Elsaß-Lothringer muß das Reich allerdings Anspruch machen, und deutschfeindliche Gesinnungen können die Gewährung größerer Selbständigkeit nicht gerade erleichtern. (Sehr richtig! rechts.) Jedoch kann von epifodenhaften Vorgängen und gewissen Nebenbedingungen in Landesauschüssen nicht das Geschick einer Bevölkerung abhängig gemacht werden, deren wahre Gesinnung in ihnen nicht zum Ausdruck kommt. (Bravo! links.) Ich habe demzufolge einen Gesetzentwurf (Zuruf des Abg. Gotheim: Hoffentlich nicht einen organischen! Hört!) anarbeiten lassen, der sich mit der Fortbildung der Elsaß-Lothringischen Verfassung beschäftigt, über den Inhalt werde ich erst nach Abschluß der Bundesratsberatungen Mitteilung machen können. (Lärm links.) Ich hoffe, daß das Verhalten der Elsaß-Lothringischen Bevölkerung das Bestreben der Regierung, diese Angelegenheit zum Abschluß zu bringen, fördern wird. (Beifall.)

Ricklin (Elsässer): Gewiß ist die Bevölkerung in Elsaß-Lothringen demokratisch; aber wir konservativen Demokraten wollen keine sozialistische Republik wie in Frankreich. (Lautes Lachen b. d. Soz. Auf: Unseres Wissens ist die französische Republik gerade nicht sozialistisch!) Wir sind überzeugte Anhänger des Reichswahlrechts und tragen keine Verantwortung für das, was das preussische Zentrum tut. Wir sind Partikularisten wie die Württemberger, Bayern usw., wollen aber keine Losreißung von Deutschland. Bravo! i. Zentr.)

Dr. Höpfel (Npt.) ist von der Erklärung des Reichskanzlers befriedigt, wünscht eine autonome Verfassung für Elsaß-Lothringen, aber keine Regelung der Wahlrechtsfrage durch den Reichstag. (Beif. rechts.)

Fehrenbach (Z.): Die Untrennbarkeit Elsaß-Lothringens vom Reich hat oben zu stehen. (Bravo! rechts.) Erfahrungen an die französische Zeit sind nicht verwerflich, aber die heutigen Zustände in Frankreich sind für die Mehrzahl der Elsaß-Lothringer nicht verlockend. — Redner lobt die Rede des Reichskanzlers und erregt durch die Behauptung, daß die Elsaß-Lothringische Regierung Groß-

Stokpolittik betrelbe und die Sozialdemokratie begünstige, große Heiterkeit auf der Linien.

Dziembowski-Pomian (Pole) spricht seine Sympathie für die Bestrebungen in Elfaß-Lothringen auf Erlangung der Autonomie aus.

Gimel (SD): Vergebens lehnt das elfässische Zentrum seine Verantwortung für die Taten des preussischen Zentrums ab. Die Zentrumspartei bleibt überall dieselbe. Worin die Begünstigung der Sozialdemokratie durch die elfässlothringische Regierung bestehen soll, ist uns wirklich unerfindlich. Die elfässlothringische Frage ist nicht zu lösen, wenn die Versöhnung nicht mindestens das Reichstagswahlrecht enthält. Vorher wird keine Ruhe im Lande eintreten. (Bravo! b. d. Soz.)

Sauß (Z) ist im allgemeinen mit der Rede des Reichskanzlers einverstanden.

Hiermit schließt die Besprechung der elfässlothringischen Frage und es folgt die Debatte über die allgemeine Politik. **Frank-Ratibor (Z)** führt Beschwerde über maßbräuchliche Anwendung des Sprachenparagraphe in Ratibor.

Saußmann (FVp): Wir wünschen, daß die Neuordnung über die Zulassung zum diplomatischen Dienst bald herauskommen möge. — Wir freuen uns über das Aufheben der Spannung in unseren Beziehungen zu Frankreich. — In der Affäre Mannesmann sollte die Resolution der Budgetkommission eine goldene Waage nicht für die Regierung, sondern für die Gebrüder Mannesmann bedeuten. Ein Lichtpunkt ist unser Verhältnis zu Österreich, und die Kommerzreise des Kanzlers wird ja jedenfalls auch das Verhältnis zu Italien verbessern. Die Politik der Zurückhaltung gegen England, wie Wilson sie proklamiert hat, war Worspann für die englische Schutzollbewegung. Die enalidene Konventionen, demagogisch wie die deutschen Konservativen (Sehr gut links), haben Deutschland bei den letzten Wahlen als Wauman benutzt. Man sollte das Aufheben der Flottenrüstung in sehr ernsthafte Erwägung ziehen. Mit Resolutionen in dieser Richtung wenig zu tun. Der Resolution Albrecht über eine mitlämme Verantwortlichkeit des Reichskanzlers stimmen wir bei. — Wie der reichsländischen Bevölkerung, so sollte man auch der dänischen Bevölkerung in Nordschleswig entgegenkommen. (Zstim. links.) Die Regierungsmethode ohne feste Majorität wird auf die Dauer ohne maßlose Kraftverwendung sich nicht durchführen lassen. Für die Zweckmäßigkeit der Reichskanzlerpolitik ist bezeichnend, daß sich Herr von Bethmann Hollweg hier für das Reichstagswahlrecht im preussischen Abgeordnetenhause aber dagegen erklärt. (Sehr wahr! links.) Daraus muß geradezu eine Verwirrung des Reichsbewußtseins entstehen. — Der Herr von der Rechten, der im Abgeordnetenhause das gleiche Wahlrecht als die größte Ungerechtigkeit bezeichnet hat, vertritt mit diesem Anspruch direkt gegen den christlichen Grundgedanken der Gleichheit der Menschen. (Sehr richtig! links.) Der Reichskanzler sagt, die Regierung könne sich nicht unzulieren. Aber auch die Parteien können sich dieser unbestimmten Regierung gegenüber nicht binden. Wir kommen erst dann zu einer fruchtbaren Entwicklung des öffentlichen Lebens, wenn eine Regierung sich offen zu einer Regierungspartei bekennt. (Bravo! b. d. Fortschritt. Wess-p.)

Womelsdorf (W) erklärt die Klagen der Dänen über rigorose Anwendung des Sprachenparagraphe für übertrieben.

Dr. von Dziembowski-Pomian (Pole) kritisiert die Polenpolitik.

Hansen (Däne) polemisiert gegen den Abgeordneten Wommelsdorf.

Die allgemeine Ansprache ist erschöpft. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 1 Uhr. (Weiterberatung, vorher Abstimmung über die Oilmarkenzulage aus dem Postetat, nachher Etat des Auswärtigen Amtes. Schluß 7¼ Uhr.)

Aus der Partei.

Parteitag der P. P. S. Die P. P. S. (Polnische Partei der Sozialisten) veranstaltet ihren diesjährigen Parteitag zu Osern in Zabrze (Oberschl.). Auf der Tagesordnung steht u. a. die Landarbeiterfrage, Änderung des Organisationsstatuts und die politische Lage. Der Vorstand der P. P. S. hat bereits den an den Parteitag zu erstattenden Bericht in der „Gazeta Robotnicza“ veröffentlicht. Der Bericht umfaßt den Zeitraum von zwei Jahren. Aus ihm geht hervor, daß die Organisation hauptsächlich in Oberschlesien gute Fortschritte gemacht hat. Anfang 1908 existierten nur 4 Vereine, die 588 Mitglieder aufwiesen, hingegen Ende 1909 waren es 26 Vereine mit 1230 Mitgliedern. Die stabilen Einkünfte von den Vereinen der P. P. S. (40 Prozent der eigenen Einnahmen) stiegen von 638,55 Mk. im Jahre 1908 auf 1069,43 Mk. im Jahre 1909. Im Laufe der Zeit wurden insgesamt gegen 400 000 Flugblätter herausgegeben und verbreitet. Der polnische Agitationskalender erschien im letzten Jahre in einer Auflage von 50 000 Exemplaren, außerdem ein illustrierter Kalender, dessen Auflage 2000 Exemplare betrug. Ferner sind erschienen: 3000 Exemplare „Arbeiterliederbuch“, 5000 „Grundsätze des Sozialismus“, 10 000 „Ein katholischer Pfarrer Sozialdemokrat“. Die P. P. S. hatte viele gerichtliche und polizeiliche Scherereien und einige kleine Strafen zu ertragen.

Gewerkschaftsbewegung.

Streik im Nixdorfer Krankenhaus. Das gesamte Personal, Pfleger, Wärter und Hausdiener, hat am Montag früh die Arbeit niedergelegt. Die Differenzen entstanden infolge der Verweigerung der Ausgehzeit. Während anfänglich das Personal die Erlaubnis hatte, nach Beendigung der Arbeiten abends auf einige Zeit die Anstalt zu verlassen, wurde die Erlaubnis kürzlich zurückgezogen. Am Freitag, den 11. d. Mts., nahm eine Versammlung des Personals zu dieser rigorosen Maßnahme Stellung. Ein Teil des Personals hatte an dieser Versammlung, die übrigens in der nächsten Nähe der Anstalt stattfand, teilgenommen, ohne Urlaub zum Verlassen der Anstalt zu haben. Am Montag früh erhielten nun diese Leute ihre Kündigung. Aus Solidarität legte nun aus das übrige männliche Personal die Arbeit nieder. Die sofort eingeleiteten Verhandlungen verliefen resultatlos. Wohl hatten sich die Streikenden in der Verhandlung mit Herrn Bürgermeister Weinreich bereit erklärt, die Arbeit wieder aufzunehmen, wenn ihnen die Versöhnung über ihre freie Zeit nach Feierabend gewährt werde; als sie sich aber auf Grund dessen im Krankenhaus meldeten, wurden sie vom Direktor Maß unter Androhung mit der Anwendung des Hausfriedensbruch-Paragraphe aus der Anstalt verwiesen.

Damit ist der Streik perfekt. Wir richten an das Personal der Heilanstalt das Ersuchen, keine Engagements nach dem Nixdorfer Krankenhaus einzugehen.

Der Schmarbeiterstreik in Rathenow hat mit einem vollen Erfolg der Streikenden geendet, nachdem Freitag auch die zweite der beiden in Frage kommenden Firmen (S. Köding) den geforderten Tarif anerkannt hat. Die Wiederaufnahme der Arbeit erfolgt Montag.

Ein Streik im Frankfurter Schuhmachergewerbe scheint unvermeidlich. Die Meister haben Verhandlungen

auf Grund des von den Schülern eingereichten Lohnarfs abgelehnt. Die Herren stellen an die Schülern das Ansuchen, den eingereichten Lohnarfs zurückzugeben. Die Gehilfenvertreter waren bereit, über die kritischen Punkte des Tarifs in Verhandlungen einzutreten und gaben den Meistern anheim, ihre Vorschläge zu machen. Auch dieser Vorschlag wurde von den Meistern abgelehnt. Frankfurt a. M. ist von Schuhmachern zu werden, da es jedenfalls in den nächsten Tagen zum Streik kommt.

Tarifschluss im Leipziger Holzgewerbe. Bei den zentralen Verhandlungen in Berlin war zwischen den Kommissionen auch eine Einigung für das Vertragsgebiet Leipzig zustande gekommen. Am Freitag haben hierzu Arbeiter- und Arbeitgeberversammlungen in Leipzig Stellung genommen und den Vereinbarungen zugestimmt. Nach dem neuen Verträge beträgt die Arbeitszeit für Leipzig die nächsten drei Jahre 52 Stunden pro Woche. Es tritt eine Lohn-erhöhung von 4 Pfa. pro Stunde ein. Der Mindestlöhnslohn für Tischler, Instrumentenmacher, Polierer, Beizer und Drechsler beträgt 56 Pfa., für Bautischler 58 Pfa., und für Maschinenarbeiter 52 Pfa. Aberkanden sind nur im Höchstbetrage von 52 Stunden pro Jahr zulässig; darüber hinaus ist die Zustimmung der beiderseitigen Organisationsvorstände notwendig. Für die ersten beiden Überstunden werden 33 Prozent Aufschlag bei Nacht- und Sonntagsarbeit 50 Prozent Aufschlag bei Lohn- und Akkordarbeit bezahlt. Die bestehenden Akkordlöhne werden sinngemäß der Lohnzulage erhöht. Bei Montagearbeiten außerhalb Leipzigs wird ein Aufschlag von 8 Mk. inkl. der Sonntage, wenn dieselbe weniger als drei Tage beträgt, 3,50 Mk. pro Tag bezahlt. Sobald die Zentralvorstände der beiderseitigen Verbände eine definitive Vereinbarung über die Arbeitsvermittlung getroffen haben, soll diese auch für Leipzig als verbindlich anerkannt werden. Von den bestehenden Arbeitsnachweiser darf die Vermittlung nur an vertragstreue Firmen erfolgen. Wenn in einem Betriebe bessere Bedingungen als im Vertrag festgelegt vorhanden sind, behalten diese für die Vertragsdauer Geltung. Akkordarbeit an Maschinen ist unzulässig. In sämtlichen Holzbearbeitungsmaschinen dürfen nur im Gebrauch der Maschinen speziell unterwiesene Arbeiter beschäftigt werden. Der Vertrag gilt für rund 4000 Arbeiter der Leipziger Holz- und Musikbranche und hat Geltung bis zum 15. Februar 1913.

Ein gesetzliches Verbot des Streikpostenstehens versuchen bekanntlich die Arbeitgeberverbände bei der Änderung des Strafgesetzbuches durchzusetzen. Vom Arbeitgeberverband in Köln war der Wortlaut einer an den Staatssekretär des Innern gerichteten Petition bekannt geworden, die diesen Anschlag auf das Koalitionsrecht der Arbeiter des näheren begründet. Der Geschäftsbericht dieses genannten Vereins für das Jahr 1909 enthält nun ebenfalls Ausführungen darüber, die mißlich sind für den Charismacherwünsch. Es heißt in dem Bericht: „Eine große Bedeutung kann die neue Fassung des Strafgesetzbuches gewinnen, wenn es gelingt, in dieses zweckmäßige Bestimmungen gegen die Vergewaltigung der Arbeitswilligen einzufügen. Die Zwangs- und Scharfsinnigkeit der Gewerkschaften muß notwendigerweise gebrochen werden, wenn nicht unser Wirtschaftsleben schwere und unheilbare Schäden im Laufe der nächsten Zeit erfahren soll; denn in der Verurteilung, in der Verächtlichmachung, Verhöhnung, Bedrohung, Mißhandlung und Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit der arbeitswilligen Arbeiter durch die Streikenden und ihren Anhang ist das Hauptübel der Streiks begründet. Das gesetzliche Koalitionsrecht der Industriearbeiter hat mit diesen Überschreitungen nicht das geringste zu tun; was ihnen damit zugestanden werden sollte, ist die unbedingte Verabredung und Verständigung zur Erzielung besserer Arbeitsbedingungen. Diese kann und soll ihnen nicht genommen werden, wohl aber sollen und müssen die arbeitswilligen Arbeiter gegen die Verübung der persönlichen Freiheit geschützt werden, die gegenwärtig durch das Streikpostenstehen ausgeübt wird. Über dieses letztere ist von den Arbeitgeberverbänden schon lange laute Klage geführt worden, so z. B. hat sich darüber vor einigen Jahren der Bericht des Arbeitgeberverbandes für das bergische Land in Oberfeld eingehend verbreitet und nachgewiesen, daß in ihm die Ursache aller der vorerwähnten Mißstände zu erblicken sei. Die unteren Gerichte haben auch vielfach das Streikpostenstehen für unberechtigt erklärt, das Reichsgericht aber hat anders entschieden, sodas gegenwärtig die Polizeibehörden nur einschreiten können, wenn Verächtlichmachung, Verleumdungen, Mißhandlungen der Arbeitswilligen und dergleichen erfolgen, während doch die sichere Aussicht auf solche Unbilden die arbeitswilligen Arbeiter naturgemäß von dem Wege zur Arbeit abhält, also eine außerordentlich starke Beeinträchtigung der persönlichen Freiheit durch das bloße Streikpostenstehen stattfindet, welches letzteres, wie gesagt, mit der Ausübung des Koalitionsrechtes nicht das geringste zu tun hat. Die Erneuerung des Strafgesetzbuches bietet hoffentlich die Gelegenheit, obige Erschelnung, die im Gefolge des Koalitionsrechtes hervorgerufen ist, zu beseitigen und abzuschaffen, die nicht allein für die Betriebe, sondern und in erster Linie für die darin beschäftigten Arbeiter eine höchst schädliche und verlegende ist, indem deren persönliche Freiheit und Willensbetätigung auf empfindlichste beeinträchtigt wird und sie mit Gewalt in die Organisation hineingetrieben werden. Denn schließlich ist es dem einzelnen Arbeiter gar nicht zu verdenken, wenn er, um Leib und Leben und seinen Erwerb gegen die Zwangsherrschaft der Gewerkschaft zu sichern, sich dieser letzteren, wenn auch wider Willen anschließt und sich dadurch seines Selbstbestimmungsrechtes und eines großen Teiles seines Erwerbes zu Gewerkschaftszwecken ergibt.“

Tabakarbeiter, weidet Dänemark. Die organisierten dänischen Tabakarbeiter kündigten ihren Landestarif in der Absicht, einen neuen Tarif mit besseren Positionen bezüglich der Löhne und der sonstigen Arbeitsverhältnisse abzuschließen. Die Fabrikanten versuchen nun, Tabak- und Zigarrenarbeiter von Deutschland heranzuziehen, um die Stellung der Arbeiter zu erschweren. Jeder deutsche Tabak- und Zigarrenarbeiter wird deshalb bis auf weiteres Dänemark meiden.

Soziales.

Überraschungen für arbeitslose Tabakarbeiter. Arbeitslosen Tabakarbeiter, die Land- oder Gartenarbeit verrichten, auch wenn dies auf ihrem eigenen oder gepachteten Grund und Boden geschieht, soll die staatliche Unterstützung entzogen werden. Ferner wird jetzt den Unterstützungsempfängern, die wieder Arbeit gefunden haben, auf den Zollämtern ein Revers zur Unterschift vorgelegt, der einen Verzicht auf spätere Unterstützung ausdrückt.

Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatangestellten. Wie offiziell mitgeteilt wird, befindet sich ein Gesetzesentwurf in Vorbereitung, der eine Regelung der Pensions- und Hinterbliebenenversicherung der Privatangestellten vorsieht. Die Vorarbeiten hierzu haben bereits begonnen. Zum 2. April ist der Siebener Ausschuss der deutschen Privatbeamtenverbände vom Staatssekretär des Innern zu einer Konferenz geladen, um alle Einzelheiten der geplanten Versicherung noch einmal zu erörtern. Zu Referenten

für die kommende Vorlage sind die Geh. Oberregierungsräte Heemann und Koch vom Reichsamt des Innern bestellt. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß bis zum Sommer eine endgültige Vorlage fertiggestellt ist, die dann der Bundesregierung zur Begutachtung zugehen soll. Es ist sonach anzunehmen, daß sich der Reichstag bei seinem Wiederzusammentritt im nächsten Herbst mit einem entsprechenden Gesetzentwurf zu beschäftigen haben wird.

Kommunales.

Die völlige Aufhebung des Ottobris beschloß der Gemeinderat der oberelfässischen Kreisstadt Gschweider mit 18 gegen 12 Stimmen. Die Mehrheit setzt sich aus 8 Sozialdemokraten und 5 Liberalen zusammen, die Minderheit aus Nationalen und Vertretern des Großkapitals. Nach der Abstimmung legten 7 liberale Gemeinderatsmitglieder ihr Amt nieder, sodas Ergänzungswahlen zum Gemeinderat erforderlich werden. Zugleich wird damit bezweckt, die Regierung zu einem Eingriff in die Selbstverwaltung der Gemeinde zu veranlassen in der Weise, daß dem Gemeinderatsbeschlusse die erforderliche Genehmigung des Bezirkspräsidenten verweigert wird.

Aus dem Gerichtssaal.

Die Unterschlagungen auf dem fiskalischen Bergwerk in Gladbeck fanden am 10. März in Essen zur Aburteilung. Das Schwurgericht verurteilte die beiden Haupttäter bei dem großen Einbruchdiebstahl in der Gladbecker Bergwerksdirektion, die Maschinenmeister Neuh und Opel, wegen der vor dem Diebstahl begangenen Unterschlagungen unter Einfluß der über sie verhängten Strafe zu je fünf Jahren Zuchthaus.

Die Wahrsagerin. Wegen Betrugs stand die 32jährige Ehefrau Baumgartner vor der Strafkammer in Freiburg (Baden). Schon die Mutter der Angeklagten war in der Dreifachstadt eine bekannte Wahrsagerin und Karten-schlägerin; die Tochter hat sich als eine gelehrte Schülerin darin erwiesen. Die Nummern sind auch in Freiburg noch lange nicht alle; aus allen Bevölkerungsschichten hatte sie überwiegender Wehrzahl, wollten von ihr die Zukunft erschleiert haben. Besonders in Herzensangelegenheiten war sie Spezialistin; fünf volle Jahre trieb sie ihr mühseligen Handwerk, immer struppelvoller wurde ihr Geschäftsbetrieb. Welchen Hofesfokus sie dabei anwandte, geht am besten aus den Fällen hervor, worauf die Anklage basiert. Einer von ihrem Mann getrennt lebenden Frau wurde ihr Geliebter, ein Schneidermeister, abtrünnig. Die konfliktierte Wahrsagerin mußte Rat. Sie versicherte, den ungetreuen Schneider seiner Geliebten wieder zuzuführen. Sie verfügte über übernatürliche Kräfte und außerdem habe ihr ein adeliches Fräulein ein sicher wirkendes Gebet mitgeteilt, mit welchem jeder treulose Geliebte wieder firtre gemacht werde. Und sie da, es half! Der Meister der Elle und des Bügeleisens schmachtete jetzt wieder in den Banden seiner Dulcinea; er wird nicht wenig erstaunt sein, wenn er hört, daß er dies dem „Gebet der Jungfrau“, den metaphysischen Künsten der Frau Baumgartner und den 28 Mk., welche seine Geliebte der Wahrsagerin für ihre „Anstrengungen“ opferte, zu verdanken hat. Bedeutend schlechter schnitt die Angeklagte auf dem Gebiet der Heilkunde ab. Die Frau eines Oberpostkassens hatte ein krankes Töchterchen. Die Wahrsagerin versprach Hilfe zu schaffen. Nach ihrer aus den Wahrsagerarten gestellten Diagnose war das Kind von bösen Geistern befallen, verhext und zwar vermutlich von jener gefährlichen Sorte von Hexen, wovon jede einzelne im Jahre acht Menschen umbringt! Die Austreibung der bösen Geister nahm die B. unverzüglich mit geweihten Kerzen, dem erwähnten Gebet und mit wahrscheinlich verzauberten Watten vor, die dem Kind auf Kopf und Hüfte gelegt wurden. Alles umsonst, die kleine Kranke starb nach wenigen Tagen. Am gravierendsten ist wohl der Schwundel, den sich die Angeklagte mit einem Dienstmädchen erlaubte. Dasselbe hatte ihr Herz an einen Straßenbahnchaffner verloren. Der Schwunder der Chaffner unterhielt noch ein Verhältnis mit einem andern Mädchen. Die erste Geliebte klagte der Wahrsagerin ihr Leid. Diese merkte bald, welche Einfalt sie vor sich habe; sie beschloß, dieselbe auch gründlich zu rufen. Sie könne helfen, sie könne die Zuneigung des Straßenbahnchaffners wieder herstellen, prophezeite sie der freudig aufhorchenden Dienstinne, aber die Erreichung des Zweckes koste viel, viel Geld. Das Mädchen rückte zweimal je 9 Mk. und dann auf einmal 160 Mk. heraus. Auch verlangte und erhielt die Baumgartner 3 Meter Bettend. Sie werde das Tuch vergraben und wenn es verkauft sei (sic!) wende sich das Herz des Chaffners seinem verflimmerten Lieb wieder zu, doch dürfe sie, das Mädchen, niemand etwas von der Sache verraten, sonst wirke der Zauber nicht! Das Mädchen nahm alles für bare Münze hin; es glaubte auch den Worten der Wahrsagerin, monach sein Tod bis zum 1. März eintrete, wenn sie, die Baumgartner, das Verhängnis nicht abwende. Das sei freilich eine sehr schwierige Sache, welche ebenfalls viel Geld verschlinge, geweihte Kerzen, bei deren Schein sie, die Baumgartner, nachts im Keller Gebete verrichte, um so dem Mädchen das Leben zu erhalten. Die Dienstinne geriet in eine fürchterliche Aufregung, sie wollte um jeden Preis am Leben bleiben, nachmals wanderten 250 Mk. in die Hände der frechen Gauklerin. Das Schluß aber doch dem Haß den Boden aus; die Dienstherrschaft des Mädchens kam hinter die Gesichte und die Folge war eine Anzeige gegen die B. Sie mußte die zuletzt erhaltenen 250 Mk. die sie, wie sie behauptet, nur ungern (?) genommen habe, wieder herausgeben. Wie sich bei der Unternehmung ergab, war sie auch von der Rivalin des Dienstmädchens aufgesucht worden. Sie versprach auch dieser ihre Hilfe im Kampf um den Chaffner. Der Sieg sei sicher, nur seien ein paar hundert Mark erforderlich. Diese aber witterte den Schwundel, sie hielt ihren Geldbeutel verständigterweise zugeknöpft. Die Strafkammer erkannte auf vier Monate Gefängnis und 100 Mk. Geldstrafe.

Lebensversicherungsschwundel. Bis 10 000 Mark jährliches Einkommen, 200 Mark Monatsgehalt nach kurzer Probezeit, „Lebensversicherung“. So und ähnlich lauteten die Überschriften von Inseraten, die in etwa 40 Zeitungen erschienen. Eine große Zahl von Personen reichten Angebote ein und sie bekamen dann nach eurer Mitteilung von dem Kaufmann Eugen Wieland in Ulm eine „Arbeitsanleihe“ zugelaßt, wofür 1,75 Mk. nachgenommen wurden. Wohl die meisten hatten darauf gerechnet, Schreibarbeit oder Stellen direkt zugewiesen zu erhalten. Statt dessen waren ihnen in der Großhäre wertlose Kataloge erteilt. Nach der Organisation des ganzen Betriebes sollten Waren aus Wielands Versandgeschäft bezogen werden, so daß alle Abnehmer der Arbeitsanleihe auch anders als Wiederverkäufer von Wielands Waren sein sollten. Die Staatsanwaltschaft sah in diesem Vorgehen einen durch die Presse verübten Betrug und in dem Vertriebe der Geheimmittel und vertriebenen Apotheken vorbehaltener Heilmittel eine Übertretung. Sie erklärte die wertlosen Kataloge in der Großhäre für keine dem nachgenommenen Betrag von 1,75 Mk. ent-

sprechende Gegenleistung, da ein Exemplar der Broschüre nur 21 Pf. wert war. Es kam zur Verhandlung vor dem Schwurgericht in Ulm, die zwei Tage dauerte. Dabei wurde festgestellt, daß Wieland in einem Jahre rund 1500 „Arbeitsanleitungen“ verfaßt hatte und so auf Kosten derer, die nicht alle werden, mühelos zu Geld kam. Die Geschworenen erkannten Wieland im Sinne der Anklage für schuldig, gewährten ihm aber milde Umstände. Das Urteil lautete infolgedessen nur auf 210 Mk. Geldstrafe, während der Staatsanwalt fünf Monate Gefängnis und 80 Mk. Geldstrafe beantragt hatte.

Die ehemaligen Burenführer.

Was ist eigentlich aus den früheren Burenführern geworden? Wie befindet sich das Burenvolk unter britischer Herrschaft? Das sind die Fragen, die in Privatlesungen immer wieder von neuem gestellt werden und die nicht nur von Unkenntnis der Entwicklung in Südafrika zeigen, sondern auch davon, daß die Schwärmerei während des Burenkrieges in Deutschland noch immer nicht ganz erloschen ist. Die Buren oder, wie sie sich heute lieber nennen, die Afrikaner befinden sich heute, wie vor dem Kriege, im Besitze nicht nur der Parlamentsmehrheiten, sondern auch der Regierungsgewalten in Südafrika. Der einzige Unterschied ist der, daß über den Regierungsausschüssen heute die britische Flagge weht, daß in den Hauptstädten der früheren Republiken britische Kommissare sitzen und daß an bestimmten Plätzen, namentlich Bloemfontein, Pretoria und Potchefstroom, wichtige Kontingente britischer Truppen liegen, für ganz Südafrika, einschließlich Natal und der Kapkolonie, nicht ganz 6000 Mann. Und das kaum sechs Jahre nach Beendigung des Burenkrieges, der in der ganzen Welt so viel Staub und Vegetation aufgewirbelt hat. Ein glänzender Beweis für die Erfolge britischer Staatskunst vermag die Weltgeschichte kaum aufzuweisen. Befriedigung der Besiegten durch die Erkenntnis, daß die neue Sachlage für ihre Interessen die günstigere ist, das war das Ziel, das die britische Staatskunst sich seit dem Siege der Liberalen von 1906 im Ansehn geistert hatte, und es ist ihr auch in Wirklichkeit gelungen, all die aus der Kriegszeit her noch schimmern den Rachegefühle in den Hintergrund zu drängen, ja sogar teilweise der Vergessenheit zu überliefern, angesichts der vielen Vorteile, die sie zu bieten wußte.

Ziel hat ja unbestreitbar zu diesem Ausgang der Dinge auch die große und allgemein anerkannte Tüchtigkeit und die leidenschaftlose Ausübung der Regierungsgewalt durch die Burenführer beigetragen, als England nach Zusammenbruch der bedauernswerten Milnerischen Mißwirtschaft nach dem Kriege die Leitung vertrauensvoll in die Hände der früheren Feinde legte. Freilich waren die Mißgriffe Lord Milners, des ersten britischen Oberkommissars nach dem Kriege, und seiner Ratgeber derartig gewesen, daß sie einem jedem nachfolgenden Regierungssystem als Follie dienen mußten. Kurz, das Afrikanervolk wird heute nicht etwa, wie man hier und da in Deutschland noch zu glauben scheint, von englischen Beamten regiert, sondern von seinen früheren Führern in Krieg und Frieden. In der Orange-Kolonie beherrscht das Ministerium ausschließlich aus Afrikanern holländischer Abstammung (Buro-Afrikanern), während in Transvaal die Burenführer sich in ihrem Kabinett einige Afrikaner britischer Abstammung zugesellt haben. Damit ist auch die Frage nach dem Schicksal der einzelnen Burenführer beantwortet, deren Namen zur Kriegszeit im Munde der ganzen Welt waren.

Der arme alte in der Verbannung verschiedene Paul Krüger schlummert auf dem Friedhof von Pretoria, wohin seine sterblichen Überreste übergeführt wurden. Jacobus Steyn, der letzte Präsident des früheren Orange-Freistaats, hat in seiner Gesundheit durch die Anstrengungen des Krieges, wahrscheinlich durch einen Sonnenstich verchlümmert, so viel gelitten, daß er an den öffentlichen Angelegenheiten nur einen beschränkten Anteil nimmt, obwohl das Zustandekommen des südafrikanischen Bundes nicht am wenigsten seinem Einfluß zu danken ist. Im übrigen lebt er ziemlich zurückgezogen auf seiner Farm bei Bloemfontein. Der berühmte Christian de Wet, der Held so mancher Fabeln wie auch so mancher wirklich führender Taten, ist Landwirtschaftsminister in der heutigen Orange-Kolonie. Werkwürdigerweise ist er bei den Buren, seinen eigenen Landsleuten, nur mäßig beliebt. Er war einer der wenigen Burenführer, die von Anfang des Krieges an klar erkannt hatten, daß der Ungehorsam und die Disziplinlosigkeit, die in den Burenreihen herrschten, ein viel gefährlicherer Feind war als die feindlichen Geschütze. Er trat diesen beiden Mängeln mit äußerster Strenge entgegen und hat sich dadurch viele und bittere Feinde gemacht, die ihm bis heute diese oder jene Strafe nachtragen. Auch im übrigen herrscht in den Kreisen seiner Landsleute ein gewisses Mißtrauen gegen ihn, das auf die unzulängliche Wohlhablichkeit zurückzuführen ist, deren er sich seit dem Kriege erfreut, und von der vor dem Kriege nichts zu merken gewesen war.

Man erzählt sich über den Ursprung dieser Wohlhablichkeit eine Geschichte, für die indessen alle Beweise fehlen. Bekanntlich griff am 6. Juni 1900, bald nach der Einnahme Johannesburgs, de Wet mit seiner Kolonne bei Koosbeval südlich des Vaals, einen englischen Truppen- und Proviantzug an und erbeutete ihn nach erbittertem Kampfe. In dem Zuge soll sich eine Kriegskasse mit 500 000 Pfund Sterling in Gold befunden haben, das man, da gleich darauf englische Hilfstruppen heranrückten, nicht vollständig fort-

schaffen konnte. Ein Teil dieses Goldes soll damals vergraben worden sein und die wenigen überlebenden Mitwisser sollen sich diesen Schatz nach Beendigung des Krieges geteilt haben. Der alte General de la Rey, eine der achtbarsten Figuren unter den Burenführern, hat sich wie Coriolan auf seine Farm bei Lichtenburg zurückgezogen, die er wieder aufbauen mußte, da sie von den englischen Truppen verwüstet worden war, und baut seinen Mais schlecht und recht, wie vor dem Kriege; nur während der Tagungen des Parlaments erscheint er in Pretoria, um seinen Sitz als Abgeordneter für Lichtenburg einzunehmen. Piet Cronje, der der britischen Ungefälligkeit den Sieg von Magerfontein, seiner eignen Halsstarrigkeit aber die Katastrophe von Baardkraal verdankt, die erste schwere Niederlage der Buren, die zugleich endgültig das Geschick des Krieges entschied, hat seinen Mitbürgern und der ganzen Welt ein unheimliches und entwürdigendes Schauspiel gegeben, indem er sich nach seiner Rückkehr aus der Gefangenschaft an einen amerikanischen Barnum vermiethete, der in seinem Kesseltank in Amerika Schaukellungen von Kämpfen zwischen Buren und Engländern gab.

Die von St. Helena, Ceylon und aus Indien aus der Gefangenschaft zurückkehrenden Kriegsgefangenen befanden sich allerdings größtenteils in einer sehr schweren Lage, indem sie ihre Farmen und ihre Ackergeräte verbrannt und ihren Viehstand vernichtet fanden, trotzdem hat sich kein anderer nur in ähnlicher Weise verabschiedet. Von Wiljoen, ein anderer Führer ist nach einer wenig erbauenden Schaukellung mit einer französischen Chansonettenfängerin in Johannesburg aus Afrika geschieden und lebt heute als Farmer in Texas.

Im Ministerium Transvaals sitzen zwei Burenführer, die man wohl ohne Zögern als die glänzendsten und begabtesten bezeichnen darf, die früheren Buren generale Louis Botha und Jan Smuts. Beide haben seinerzeit den Engländern recht empfindliche Stöße verleiht, haben sich aber vollständig mit dem Wandel der Dinge ausgeöhnt, der ihrem Volke die Macht wiedergegeben hat, und beiden ist unzweifelhaft in der zukünftigen Entwicklung des vereinigten Südafrikas noch eine große Rolle vorbehalten, denn sie sind die einzigen wirklich bedeutenden Staatsmänner, die Südafrika nach dem Tode Jan Hofmeyers noch besitzt. Louis Botha wird jedenfalls der erste Premierminister der Union werden und Smuts, welcher noch nicht 40 Jahre alt ist, wird in der Zukunft sicherlich noch viel und rühmlich genannt werden.

Aus Nah und Fern.

Eifersuchtdrama. In der Prinz-Georg-Strasse in Schöneberg spielte sich eine Eifersuchtdrama ab. Ein Gastwirt war infolge der Liebessüchtigkeit eines Gastes gegenüber seiner Frau eifersüchtig geworden und feuerte auf diesen einen Schuß ab. Der Gast wurde im Unterleib schwer verletzt. Hierauf rüstete der Gastwirt die Waffe gegen sich selbst, verletzte sich aber nur leicht.

3 Personen ertrunken. In Wittenberg stürzte sich die Mauererfrau Weser mit ihren zwei Kindern in die Elbe; alle drei ertranken. Der Beweggrund zur Tat ist unbekannt.

Schweres Brandunglück. In einem Dorfe in der Nähe von Konitz vernichtete am Sonnabend eine Feuerbrunst 17 Häuser. Vier Menschen kamen in den Flammen ums Leben. Die Dorfbewohner wollten den Häusern, bei dem der Brand ausgebrochen war, in die Flammen stoßen, da man ihn beschuldigte, daß er den Brand angelegt habe. Die Polizei hinderte die Menge an ihrem Vorhaben.

Bei lebendigem Leibe verbrannt. Während der Elektrotechniker Schmidt in Buna (Lau) auf einem Leitungsmast beschäftigt war, wurde plötzlich der elektrische Strom eingeschaltet. Die Kleider des Schmidt fingen Feuer und er verbrannte bei lebendigem Leibe. Der Arbeiter hie, der ihm zu Hilfe eilte, erhielt einen lebensgefährlichen elektrischen Schlag.

3600 Mark Geldstrafe wegen Erteilung von Musikunterricht. Wie seinerzeit berichtet worden ist, wurde dem polnischen Musiklehrer L. Boniecki in Kattowitz O.-Schl. die Erteilung von Gesang und Musikunterricht an Personen unter 21 Jahren von der Oppelner Regierung untersagt. Sie stützte sich auf eine aus dem Mittelalter stammende Verordnung. Da das Verbot nicht beachtet wurde, regnete es Strafmandate. In kurzer Zeit waren es 12 Stück zu 300 Mk., macht 3600 Mk. (zwei Strafbefehle auf 600 Mk. waren bereits bezahlt worden). Da der Musiklehrer nicht imstande war, die Tausende zu bezahlen, sollte er in Haft genommen werden. Er zog es aber vor, dem „lieben“ preussischen Staate den Rücken zu kehren und über die Grenze zu gehen.

Sich selbst gestellt. Der 20-jährige Modellstecher Franz Hoffmann, der sich seit Mitte September v. J. in München in Untersuchungshaft befindet und der nach seiner Vorführung zur Militärmusterung ein Attest auf einen Schutzmännchen verfiel, hat im Gefängnis Selbstmord durch Erhängen begangen. Er wurde zwar noch lebend abgeschnitten, starb aber, ohne zum Bewußtsein gekommen zu sein.

Automobilunglück. Die „Dresdener Nachrichten“ melden: Gestern früh 3¼ Uhr fuhr ein mit fünf Personen besetztes Automobil auf der Wildstruffer Straße nach Kesselsdorf. Am Eingange von Kesselsdorf überflieg sich das Automobil. Der Motor explodierte und das Fahr-

zeug ging in Flammen. Von den Insassen wurde ein Arzt sofort getötet, drei andere wurden schwer verletzt. Der fünfte dürfte mit dem Schreck davontommen.

Die Bomber Vorkasse unter Auflage. Die Vorkasse wegen der bekannnten Ausschreitungen der studentischen Corps in Bonn am 4. Dezember v. J. ist jetzt zum Abschluß gelangt. Nach dem Ergebnis der Untersuchung soll gegen eine Anzahl der Studierenden wegen Gefährdung eines Eisenbahntransportes Anklage erhoben werden.

Mord und Selbstmord. In Wilschaffenburg erschlug in der Nacht zum Freitag der Schulwarenhandler Herr. Hobe mit einem Schusterhammer seine Stiefschwester Marie Schiel und erschoss sich selbst. Die Ursache der Mordtat ist ein Erbschaftsprozess, den Hobe am Donnerstag verloren hatte. Er war von seiner Mutter vollständig enterbt worden; seine Stiefschwester sollte alles erhalten.

Falsche Erziehung. In Dagenbach (Mecklenburg) hat sich ein 13-jähriger Schüler aus Furcht vor Strafe auf dem Wege zur Schule erschossen.

Brandkatastrophe. Bei einem Brande in einem St. Petersburger Stadteil fanden, wie uns telegraphisch gemeldet wird, Sonntagabend sieben Verloren den Tod. Fünf von ihnen waren aus dem fünften Stockwerk des brennenden Gebäudes in die Tiefe gesprungen, die zwei anderen sind in ihren Wohnungen erstickt. Der Feuerwehrgelände es, weitere sechs Personen, die schon bewußtlos waren, ins Leben zurückzurufen.

Aus gekränktem Ehrgeiz in den Tod gegangen ist in Philadelphia der 73-jährige Dr. Charles Coloman Benson, der sich auf medizinischem Gebiete, besonders durch seine Tuberkuloseforschungen, einen Namen gemacht hat. Dr. Benson hatte nach langen Forschungen sich um den von der französischen Akademie für eine völlige Heilungsweise der Tuberkulose ausgeschickten Preis beworben. Die Akademie hatte darauf zwar die Bedeutung der Forschungen des Arztes anerkannt, ihm aber den Preis von 800 000 Mk. nicht zuerkennen können, da die Heilungsweise Bensons in den Kreisen seiner medizinischen Kollegen auf Widerstand stieß. Dadurch schwer gekränkt, beging der Gelehrte mit seiner Gemahlin Isabella, die im 67. Lebensjahr stand, Selbstmord. Beide nahmen beim Frühstück Gift, dem sie nach wenigen Augenblicken erlagen.

Der „Scheidungsball“ des Millionärs. Welch wahnsinnige Verschwendung dem graulichen Glend so mancher Familien in dieser besten der Welten gegenübersteht, beweist wieder einmal der Bericht über ein Ballfest, mit dem John Jakob Astor in New York das Eintreffen des langersehnten Scheidungsurteils feierte, das sein Schicksal fortan von dem seiner einkinkigen Gattin trennt, die von jetzt ab wieder ihren Mädchennamen Eva Willing annimmt. Die amerikanischen Blätter widmen dem Feste lange Spalten, und allgemein wird die außerordentliche „Einfachheit“ gelobt, deren sich Colonel Astor bei der Veranstaltung des Festes bekleidet hat. Es gab keine prunkvollen Dekorationen, nur Rosen und ein paar Palmen, kurz, John Jakob Astor gab ein bedeutungsvolles Zeichen von Bescheidenheit, Schlichtheit und Sparsamkeit, denn alles in allem hat er nach der Schätzung der Sachverständigen für seinen Ball kaum 120 000 Mk. ausgegeben. Und das ist nach den Vergriffen New Yorks für einen Millionär „nur eine Bagatelle“. Insgesamt erschienen etwa 150 Gäste, ausgewählte Mitglieder der obersten Vierhundert. Sie alle erhielten Festgeschenke, die Damen prachtvoll gearbeitete Pariser Sonnenschirme aus kostbarer Seide, der Stock und Griff aus edlen Holzern kunstvoll geschnitten. Die Sonnenschirme waren eigens für den Ball angefertigt worden und kosteten 200 Mk. das Stück. Beim Kostüm erhielten Herren und Damen Fantaisiehaletten aus Samt- und Seidenstoffen, die mit echten Gold- und Silberornamenten geschmückt waren; jedes Paar bekam dieselbe Farbe, jeder Halschmuck kostete nur 60 Mk. Die Herren erhielten kunstvoll gearbeitete kleine Messingglocken, deren Läuten den Saal mit einer wunderlichen Musik erfüllte und die Klänge des Orchesters bisweilen völlig überdeckte. Aber die den Gästen erwiesenen kleinen Aufmerksamkeiten waren damit noch nicht erschöpft. Die Damen erhielten entzückend gearbeitete Handspiegel im Stile des Directoire, die Griffe aus Seidenholz geschnitten; die 76 Damen mit ihren Spiegeln, in denen sich die Lichter des Saales hundertfach spiegelten, tanzten das ganze Bild in ein leuchtendes Meer von Glanz und Farben. Die Herren aber erhielten kostbare Zigarren- und Zigarettenpfeifen mit goldenen Streichholzdosens und mit kleinen Rauchlampen, kurz, ein vollständiges Rauchnecessaire als geschnackvolles Andenken an den „Scheidungsball“.

Literarisches.

Zur Gesundheitspflege des Nervensystems. Von der Arbeit, die als Heft 3 der Arbeiter-Gesundheits-Bibliothek erschienen ist, gelangte soeben die 4. Auflage zur Ausgabe. Wir möchten bei dieser Gelegenheit nicht veräumen, auf die Nützlichkeit des Heftes nochmals hinzuweisen. Preis 20 Pf. Zu besserer Auslieferung 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen, Kolporteurs und Expeditionen oder direkt vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling. Verleger: F. H. Schwarz. Druck: Friedr. Meyer u. Co. Sämtlich in Lübeck.

Zum 1. April eine Zweifamilienwohnung mit allem Zubehör zu vermieten. Voigtm. 22. Näheres Kottwitzstraße 16. II.

Gesucht zum 1. Juli eine Zweifamilienwohnung im Preise bis 20 Mk. Hütertor. Angeb. unter J J an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli eine Zweifamilienwohnung v. Leuten in einem Kind. Am liebsten v. d. Postentor. Ang. u. L P an die Exped. d. Bl.

Gesucht zum 1. Juli von kinderlosen Leuten eine 2- od. 3-Zimmerwohnung. Ang. mit Preis unter H an die Exped. d. Bl.

Hilfsarbeiterinnen
für die Buchbinderei und
gebilte Kalergerin
gesucht.
Werner & Hörnig,
Buchdruckerei.

Müller, 30 Jahre alt, solide u. tüchtig, zuverlässig, sucht leichte Beschäftigung. Angebote u. A 13 an die Exped. d. Bl.

Zu verkaufen 6 St. Petroleumkocher, Garderobe und Seegrasmattache mit Keil für Kinderbettstelle billige Blancstr. 16a, II, r

Ein Grammophon mit 18 doppelseitigen Platten ist für 60 Mk. zu verkaufen. Neuwert 120 Mk.
Paul Möller, Seerich.

Ein zwenntüriger Waschtisch mit Spiegel zu verkaufen
Büchelstraße 7a.

Kuntelrüben zu verk.
F. Both, Stöckelsdorf.

Ein guterhaltener Sitz- u. Liegewagen ist billig zu verkaufen
Vorbeckstraße 1b, II. links.

6 Hühner-Küken vom vorigen Jahr zu verkaufen.
Johs. Hoffmann, Stöckelsdorf.

Sämereien
frisch eingetroffen, in
unerreichter Qualität.
Adler-Drogerie, Schwartau.
Fuh.: Robert Tern.

Geschäfts-Eröffnung.
Hierdurch den geehrten Anwohnern die ergebene Anzeige, daß ich am 16. März 1910
Worckerstraße 13 a,
eine Kolonialwaren-, Delikatessen-, Porzellan- u. Eisenkurwaren-Geschäft eröffne.

Es wird mein eifriges Bestreben sein, meine mich beehrende Kundenschaft mit nur hochfeiner Ware aufs beste, billigste und prompteste zu bedienen.
Mein neues Unternehmen dem Wohlwollen eines hochverehrten Publikums empfehlend, zeichne
Heinrich Arfft.
Telephon 2007.
Gebe rote Tubeca-Marken.

1 Post. Konfirmations-Anzüge
von 9.50—18.00 Mk., in schwarz und blau. Bedergrube 24. Laden.

Zahn-Atelier
G. Boysen,
Schwart. Allee 71a.
Reparaturen in 4—5 Stunden.

Ropf und Bein Pfd. 20
frische Ropftypen „ 20
la. Schweinefleisch 70
Bratenstücke pro Pfd. 70
Karbonade pro Pfd. 80
Prima dicke Blumen pro Pfd. 75 Pf., bei Abn. v. 4 Pfd. pro Pfd. 70
Prima weißes Schmalz v. nur eig. Schlachtmagen, pro Pfd. 85 Pf., bei Abnahme v. 4 Pfd. pro Pfd. 80
Ba. Rucherer pro Pfd. 50 Pf., bei Abnahme von 2 Pfund pro Pfund
guckte Mettwurst u. Leberwurst 70 Pf., Preßwurst 50 Pf., Kohlwurst 60 Pf., Abfallwurst pro Pfd. 10 Pf.

M. Labrtz, Wöttcherstraße 16.
Ein großer Posten
Herren- u. Jünglings-Anzüge
soll bis Ostern für jeden annehmbaren Preis verkauft werden.
Bedergrube 24. Laden.

Atelier für Zahntechnik
und Zahnpflege.
H. Schreiber, Breitestr. 24.
Sohlenschnitt
gut und billig empfiehlt
Heinr. Schlüter, Leberhandlung.
Seabergr. 21. 23.

Visitkarten
— ff. Elfenbeinkarton —
100 Stück von Mk. 1.— an
liefert
Buchdruckerei d. Lab. Volksb.
Johannisstraße 46.

E. Boy, Königstr. 61, 1811.
Marckth. 46.
Fischcarbonade Pfd. 50 Pf., Schellfische Pfd. 35 Pf., große Schollen Pfd. 40 Pf., Kabeljau Pfd. 30 Pf., Seelachs Pfd. 20 Pf., Holzungen Pfd. 50 Pf., Dorich, leb. Hechte und Barsche.